



PRÄSIDENTSCHAFTSWAHLEN STAND DER DEMOKRATIE IN DER UKRAINE

■ ANALYSE		
Ukrainische Präsidentschaftswahlen 2010: Wahl ohne Sieger		2
Von Katerina Malygina, Bremen		
■ KOMMENTAR		
Nach der Wahl ist vor der Wahl		4
Von Heike Dörrenbächer, Kiew		
■ DOKUMENTATION		
Ergebnisse des ersten Wahlgangs der Präsidentschaftswahlen 2010		5
Pressestimmen zum ersten Wahlgang der Präsidentschaftswahlen 2010		10
Der Internationale Währungsfonds zu den Wahlen in der Ukraine		13
Wahlbeobachtung der OSZE		14
Die Wahlen in der Ukraine in den Augen der russischen Öffentlichkeit		15
■ DISKUSSION		
Die ukrainische Protodemokratie im zeitgeschichtlichen Kontext		16
Von Andreas Umland, Eichstätt		
■ CHRONIK		
Vom 9. Dezember 2009 bis zum 26. Januar 2010		20
■ LESEHINWEIS		
Abstracts von Artikeln aus OSTEUROPA 11 und 12/2009		23
Das forumNET.Ukraine reaktiviert seinen Nachrichtendienst		25

*Die Ukraine-Analysen werden vom
Ost-Ausschuss der Deutschen Wirtschaft unterstützt.*

Ost-Ausschuss der Deutschen Wirtschaft



Analyse

Ukrainische Präsidentschaftswahlen 2010: Wahl ohne Sieger

Von Katerina Malygina, Bremen

Am 17. Januar 2010 fand die erste Runde der Präsidentschaftswahlen in der Ukraine statt. Das Ergebnis war schon lange vor den Wahlen absehbar: Von den 18 Kandidaten haben sich Julia Timoschenko und Viktor Janukowitsch mit den entsprechenden 25 % und 35,5 % der Stimmen für die Stichwahl am 7. Februar qualifiziert. Allerdings ist das Ergebnis der zweiten Runde trotz einer Kluft von 10% zwischen Timoschenko und Janukowitsch weit weniger vorhersehbar. Deren Verlauf könnte durch unerwartete Handlungen der beiden Kandidaten überraschen.

Die Rolle der »dritten Kraft«

Fünf Jahre nach der Orangen Revolution sind die Veränderungen in der Wahlkultur der Ukrainer augenfällig: Der Wahlausgang ist nicht mehr im Voraus bekannt, weil es freien Wettbewerb zwischen den Kandidaten gibt. Die erste Runde der Präsidentschaftswahlen haben alle internationalen Beobachter als frei und fair anerkannt. Trotz der hohen Frustration in der ukrainischen Politik sank die Wahlbeteiligung nicht unter das Niveau der Wahlen von 2006 und 2007 und belief sich auf 66,8 %. Jedoch ist ein Merkmal der modernen politischen Kultur unverändert geblieben: Die Ukrainer stimmen nicht so sehr »für«, als vielmehr »gegen« einen bestimmten Kandidaten. Während die Menschen im Jahr 2004 gegen Kutschma und seine Politik protestierten, stimmen sie im Jahr 2010 entweder gegen die sogenannte »Orange Macht« Timoschenkos und Juschtschenkos oder gegen den »kriminellen« Janukowitsch.

In der ersten Runde der Präsidentschaftswahlen wurde dieser Protest auch dadurch manifestiert, dass jeder fünfte Wähler (5 Millionen) der sogenannten »Dritten Kraft« seine Stimme gab – für Sergej Tihipko (13,1 % der Stimmen) und Arsenij Jazenjuk (7 %). Das ist ein neues Phänomen in der ukrainischen Politik: So zieht die Nachfrage nach neuen Politikern in der ukrainischen Bevölkerung langsam an. Zu einem großen Teil hängt das Ergebnis der Präsidentschaftswahlen jetzt von der Abstimmung der Anhänger der »dritten Kraft« bei der Stichwahl ab. Der Kampf um ihre Wähler hat bereits begonnen.

Bereits drei Tage nach der Wahl hat Timoschenko Jazenjuk und Tihipko dazu aufgerufen, sie in der Stichwahl zu unterstützen. Dafür versprach sie Tihipko ihren Posten als Ministerpräsidentin. Dennoch bevorzugen beide ehemaligen Kandidaten, neutral zu bleiben. Sie haben dafür gute Gründe. Einerseits haben sich die Wähler Jazenjuks und Tihipkos bewusst von Timoschenko und Janukowitsch distanziert. Ihre Wählerschaft ist noch »weich« und stellt keine persönliche Ressource dar. Die Unterstützung eines der Favoriten

könnte daher für sie den Verlust ihrer Wähler und möglicher politischer Dividenden nach sich ziehen. Andererseits verstehen Jazenjuk und Tihipko, dass ihnen der nächste Präsident das Amt des Ministerpräsidenten ohne starke Koalition im Parlament nicht garantieren kann. Und selbst wenn er über die situative Mehrheit in der Werchowna Rada verfügte, würde der neue Ministerpräsident ohne Rückhalt in der eigenen Fraktion schnell verurteilt, eine Marionette des neuen Präsidenten zu sein. Daher wären die vorgezogenen Parlamentswahlen für die Vertreter der »dritten Kraft« jetzt besonders günstig. Sie hätten dann die Chance mit ihren politischen Parteien – Jazenjuks »Front des Wandels« und Tihipkos »Starke Ukraine« – in das neue Parlament einzuziehen.

Parlamentswahlen nach den Präsidentschaftswahlen?

Gerade mit dem Vorschlag, bei seinem Sieg das Parlament aufzulösen und vorgezogene Parlamentswahlen auszurufen, hat sich Viktor Janukowitsch nicht öffentlich an die Verlierer der ersten Wahlrunde gewandt. Vorgezogene Wahlen wären für Viktor Janukowitsch im Falle seiner Präsidentschaft aber eher nachteilig, denn falls Julia Timoschenko die Wahlen am 7. Februar endgültig verliert, wird sie vermutlich bei den Parlamentswahlen auf Revanche sinnen. Darüber hinaus ist offensichtlich, dass die Partei der Regionen im neuen Parlament kaum noch die bisherigen 175 Stimmen erzielen kann und dazu gezwungen sein wird, die Macht mit den neuen Parteien zu teilen.

In jedem Fall wird ein Präsident Janukowitsch versuchen, die Regierung Timoschenko zu entlassen. Aus den genannten Gründen wäre dafür nicht die Auflösung des Parlaments, sondern die Formierung einer neuen Koalition günstiger. Folglich scheinen die Gerüchte über die Verhandlungen der Partei der Regionen mit den anderen Fraktionen glaubwürdig zu sein. So wird berichtet, dass die Partei der Regionen jetzt mit der Partei Unsere Ukraine–Nationale Selbstverteidigung (NUNS) verhandelt. Allerdings ist der Erfolg dieser Abmachung

sehr fraglich. Noch im Dezember 2008 spaltete sich die NUNS in zwei Lager – die Unterstützer Timoschenkos einerseits und Juschtschenkos andererseits (siehe *Ukraine-Analysen* Nr. 48). Außerdem kündigte der ideologische Führer der NUNS Viktor Juschtschenko am 22. Januar die Bildung eines neuen politischen Projekts an und äußerte die Hoffnung auf eine baldige Auflösung des Parlaments.

Machtkampf vor der Stichwahl

Noch ist die Wahrscheinlichkeit vorgezogener Parlamentswahlen, deren zeitgleiche Durchführung mit den Wahlen zu den lokalen Behörden am 30. Mai 2010 diskutiert wird, schwer einzuschätzen. Zu viel hängt von der situativen Interessenübereinstimmung der verschiedenen Beteiligten ab.

Vorstellbar ist heute aber eine Entwicklung, bei der es am Ende der Präsidentschaftswahlen mehrere Präsidenten gibt. Dies kann geschehen, wenn es Timoschenko gelingt, die Kluft von 10 % zu Janukowitsch in der ersten Runde auf z. B. 4 % in der Stichwahl zu verkürzen. Dann könnte der politische Gegner die Legitimität des Gewinners in Frage stellen und ihn der Wahlfälschung beschuldigen. Ein solches Szenario ist keine Fiktion. Zum einen hat Timoschenko bereits ähnliche Erfahrungen gemacht: Ein Jahr nach den Parlamentswahlen 2006 reduzierte Timoschenko den Abstand zwischen der Partei der Regionen und dem Block Timoschenko in den vorgezogenen Parlamentswahlen im Jahr 2007 von 10 % auf 4 %. Zum anderen haben Juschtschenko und Jazenjuk ihr diesmal in der ersten Runde Stimmen abgenommen. Nach Einschätzung der Autorin könnte Timoschenko 3,5–4,5 Millionen zusätzliche Stimmen bei der Stichwahl erhalten, Janukowitsch dagegen maximal 3 Millionen. Alle Aussagen Timoschenkos dienen nun der Mobilisierung der Wähler »der demokratischen Kräfte« – wie Timoschenko sie nennt – in den westlichen Regionen der Ukraine. Und wenn ihr das tatsächlich gelingt, könnte sich der Kampf um die Präsidentschaft in die Länge ziehen und in die Gerichte ausbreiten. Noch im Dezember 2009 brach ein Skandal um den Vorsitzenden des Obersten Verwaltungsgerichts der Ukraine aus. Eben dieses Gericht ist befugt, bei Beschwerden gegen das Wahlergebnis zu entscheiden. So lief am 22. Dezember 2009 die Amtszeit des vom Präsidenten ernannten Vorsitzenden des Gerichts aus, seine Befugnisse aber will er bis zur Wahl eines neuen Vorsitzenden nicht abgeben. Am 23. Dezember ernannte sich dann sein Stellvertreter selbst zum amtierenden Vorsitzenden, wodurch das Oberste Verwaltungsgericht nun zwei Vorsitzende hat

– einer ist loyal gegenüber Janukowitsch, der andere gegenüber Timoschenko.

Nicht weniger intensiv führen die beiden Favoriten jetzt einen Kampf um größtmöglichen Einfluss in der Zentralen Wahlkommission. Am 19. Januar war ein Mitglied der Zentralen Wahlkommission im Zusammenhang mit dem Erreichen der Altersgrenze entlassen worden. Von den verbleibenden vierzehn Mitgliedern der Zentralen Wahlkommission sind nach Angaben Alexander Tschernenkos, dem Vorsitzenden des Wählerausschusses der Ukraine, acht Mitglieder loyal gegenüber Janukowitsch. Zwar hat Janukowitsch damit die Mehrheit, aber die übrigen sechs Mitglieder können immer noch die Sitzung blockieren. Die Wahl eines neuen Mitglieds der Zentralen Wahlkommission könnte dieses Kräfteverhältnis ändern. Bis heute scheiterten alle Versuche des Blocks Timoschenko, im Parlament ein neues loyales Mitglied der Zentralen Wahlkommission zu ernennen.

Eine weitere Quelle für mögliche Vorwürfe der Wahlfälschung während der Stichwahl könnte paradoxerweise die verfehlte Änderung des Gesetzes über die Präsidentschaftswahlen werden. Wie bekannt fordert der Block Timoschenko, die Möglichkeit der Stimmabgabe zu Hause ohne ärztliches Attest abzuschaffen. Am 19. und 21. Januar ist es dem Block misslungen, diesen Gesetzentwurf im Parlament zu verabschieden. Aber gerade diese immer noch geltende Regelung könnte Timoschenkos Block nützlich dabei sein, dem Konkurrenten Janukowitsch Wahlbetrug vorzuwerfen, denn die Stimmabgabe außerhalb des Wahllokals wird als besonders schwer kontrollierbar angesehen.

Ausblick

Die zweite Runde der Präsidentschaftswahlen am 7. Februar wird voraussichtlich wesentlich bissiger sein als die erste. Bereits jetzt versuchen beide Kandidaten, einander zu diskreditieren. Es ist wahrscheinlich, dass die Qualität der Wahlen in der zweiten Runde niedriger sein wird als in der ersten.

Allerdings sollten die Qualität der Wahlen und die Qualität der Wahl, wie ukrainische Medien bemerkt haben, nicht verwechselt werden. Die Ukraine steht heute nicht vor der Wahl zwischen Demokratie und Autoritarismus, sondern vor der Wahl des kleineren Übels: Während Timoschenko zu einer autoritären Herrschaft und manueller Steuerung der Wirtschaft tendiert, steht Janukowitsch für die Interessen des Großkapitals bzw. der Oligarchen. Am wichtigsten aber ist, dass keiner der beiden Kandidaten die Verantwortung für seine Aussagen und sein Handeln tragen kann. Deshalb

können diese Wahlen keine Stabilität für die Ukraine bringen. Vielmehr werden sie die Kluft zwischen Ost und West vertiefen, weil Leitsätze wie »entweder Mafia, oder Demokratie« auf keinen Fall zur Konsolidierung des Landes beitragen. Der neu gewählte Präsident, wer

immer es sein mag, wird im günstigsten Fall nur von einem Drittel der Bevölkerung gewählt werden und aus diesem Grund wird er kaum als Gewinner angesehen werden können.

Über die Autorin:

Katerina Malygina ist Doktorandin an der Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen und freie Mitarbeiterin der Ukraine-Analysen.

Kommentar

Nach der Wahl ist vor der Wahl – die zweite Runde entscheidet, wer Präsidentin oder Präsident in der Ukraine wird

Von Heike Dörrenbächer, Kiew

Am 18. Januar, einen Tag nach der Wahl, veröffentlichte die OSZE eine vorläufige Einschätzung der Wahlen. Trotz vieler Warnungen vor Wahlfälschungen im Vorfeld der Wahlen, hat die erste Runde der Präsidentschaftswahlen, so die OSZE, ruhig, organisiert und ohne Wahlfälschungen stattgefunden (vgl. S. 14). Allerdings betont die OSZE, dass das Wahlgesetz nicht konsistent ist. Dies wird möglicherweise im zweiten Wahlgang zum Problem, falls bei einem knappen Wahlausgang der Verlierer versucht, die Wahlen vor Gericht anzufechten.

Der amtierende Präsident Viktor Juschtschenko ist aus dem Rennen. Mit 5,45 % der Stimmen erhielt Juschtschenko ein dramatisch schlechtes, aber nicht unerwartetes Wahlergebnis. Zum Vergleich: 1994 verlor der amtierende Präsident Krawtschuk gegen seinen Herausforderer Kutschma mit 45 zu 55 %. Juschtschenko selbst gewann 2004 gegen Janukowitsch mit 52 zu 48 %.

Julia Timoschenko hat überraschend gut abgeschnitten. In den Umfragen vom Dezember lag sie zwischen 14 und 19,6 %. Nun erhielt sie 25,05 % der Stimmen, während Janukowitsch nur 35,32 % der Stimmen erhielt. Der Abstand zwischen den Kandidaten beträgt also nur 10 %. Julia Timoschenko hat erneut gezeigt, dass sie eine exzellente Wahlkämpferin ist, der es gelingt, im letzten Augenblick viele Stimmen auf sich zu vereinen.

Damit ziehen wie erwartet Julia Timoschenko und Viktor Janukowitsch in die zweite Runde der Präsidentschaftswahlen am 7. Februar ein. Betrachtet man die Ergebnisse für die übrigen Kandidaten, so zeigt sich, dass Sergej Tihipko 13,05 %, Arsenij Jazenjuk 6,96 % und Viktor Juschtschenko die bereits erwähnten 5,45 %

erhalten haben. Zusammen ergibt das ca. 25 % Wählerreservoir, das die beiden Hauptkontrahenten versuchen werden, für sich zu gewinnen. Julia Timoschenko hat auch sofort am Tag nach der Wahl Gespräche mit Tihipko und Jazenjuk aufgenommen. Die ukrainischen Wähler sind kein Stimmvieh und selbst wenn Sergej Tihipko und Arsenij Jazenjuk ihre Wähler dazu aufrufen, Julia Timoschenko zu unterstützen, dann gibt es keine 1:1 Stimmenübertragung. Trotzdem kann man davon ausgehen, dass Julia Timoschenko den größeren Anteil des gesamten Wählerreservoirs für sich nutzen kann, da Anhänger von Juschtschenko und Jazenjuk auf keinen Fall und auch die Tihipko-Wähler nur zum Teil für Janukowitsch stimmen werden. Für Julia Timoschenko wird es darum gehen, zusätzlich zu den Stimmen von Jazenjuk, Juschtschenko, Tihipko und Grizzenko, die Nichtwähler sowie die politisch enttäuschten Wähler zu aktivieren.

Wie kann sie das tun? In dem sie die Angst vor Janukowitsch als »Gouverneur« Russlands, der die Wirtschaftskrise nicht löst und die Selbstständigkeit der Ukraine aufgibt, schürt.

Es wird eine politische Schlamm Schlacht erwartet, in der Fehlritte beider Kandidaten, die sicherlich von den Wahlkampfteams beider Seiten seit langem gesammelt worden sind, medial ausgeschlachtet werden. Janukowitsch ist wegen Raubs und schwerer Körperverletzung vor mehr als 30 Jahren verurteilt worden. Julia Timoschenko gilt als ukrainische »Gasprinzessin«, die in den 1990er Jahren als Chefin des Energiekonzerns »Vereinigte Energiesysteme der Ukraine« zu großem Reichtum gekommen ist. Persönliche Angriffe werden

wahrscheinlich von beiden Kandidaten genutzt werden, um den Gegner zu diffamieren.

Sollte Julia Timoschenko auch diesmal die Aufholjagd gewinnen, dann wird das Ergebnis möglicherweise sehr knapp für den Sieger ausgehen. Dies könnte dazu führen, dass der Verlierer die Wahlen anfechtet. Das unzureichende, weil mit Widersprüchen und zu vielen Paragraphen belastete Wahlgesetz gibt hierfür genügend Handlungsspielraum. Auch eine Massenmobilisierung von Anhängern, selbst wenn diese dafür bezahlt werden und sicherlich keine Massenbewegung von unten wie im Jahr 2004 stattfinden wird, ist nicht ausgeschlossen. Der einzige, der davon profitieren könnte, wäre

Viktor Juschtschenko. Solange die Kontrahenten streiten, bliebe er als amtierender Präsident im Amt. Für die Ukraine wäre das das denkbar schlechteste Ergebnis. Das Land war seit Frühjahr vergangenen Jahres durch den Wahlkampf politisch und wirtschaftlich gelähmt. Die Ukraine ist eines der von der Wirtschaftskrise mit einem Rückgang des Bruttoinlandsprodukts von 14 % am stärksten betroffenen Länder in ganz Europa.

Die Entsendung internationaler Wahlbeobachter wird für den zweiten Wahlgang besonders wichtig, damit auch dieser frei, fair, ruhig und ohne größere Fälschungen abläuft.

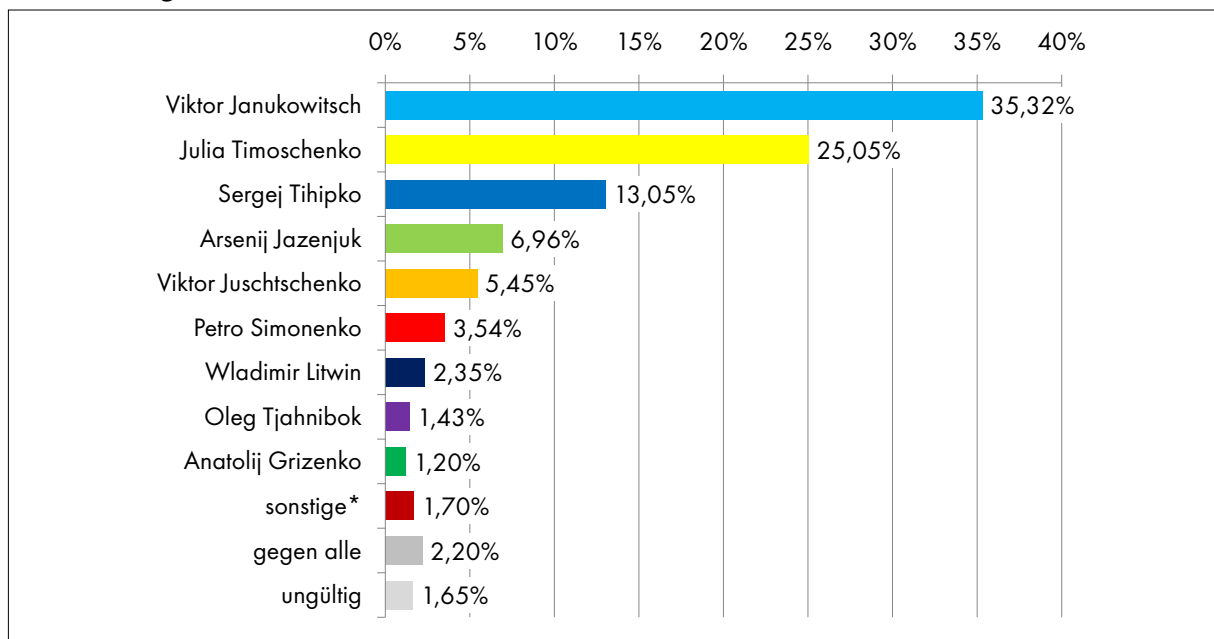
Über die Autorin:

Dr. Heike Dörrenbächer arbeitet in Kiew für die Friedrich-Naumann-Stiftung als Leiterin des Projekts Ukraine und Belarus.

Dokumentation

Ergebnisse des ersten Wahlgangs der Präsidentschaftswahlen 2010

Grafik 1: Ergebnisse der Präsidentschaftswahlen in der Ukraine am 17.1.2010



* Inna Bogoslowska 0,41 %; Alexander Moros 0,38 %; Jurij Kostenko 0,22 %; Ljudmila Suprun 0,19 %; Wasil Protiwtsch 0,16 %; Alexander Pabat 0,14 %; Sergej Ratuschnjak 0,12 %; Michajlo Brodskij 0,06 %; Oleg Rjabokon 0,03 %. Wahlbeteiligung 66,76 %.

Quelle: Zentrale Wahlkommission, <http://www.cvk.gov.ua/vp2010/wp0011.html>

Grafik 2: Ergebnisse für Viktor Janukowitsch bei den Präsidentschaftswahlen 2004 und 2010 im Vergleich (jeweils im ersten Wahlgang)

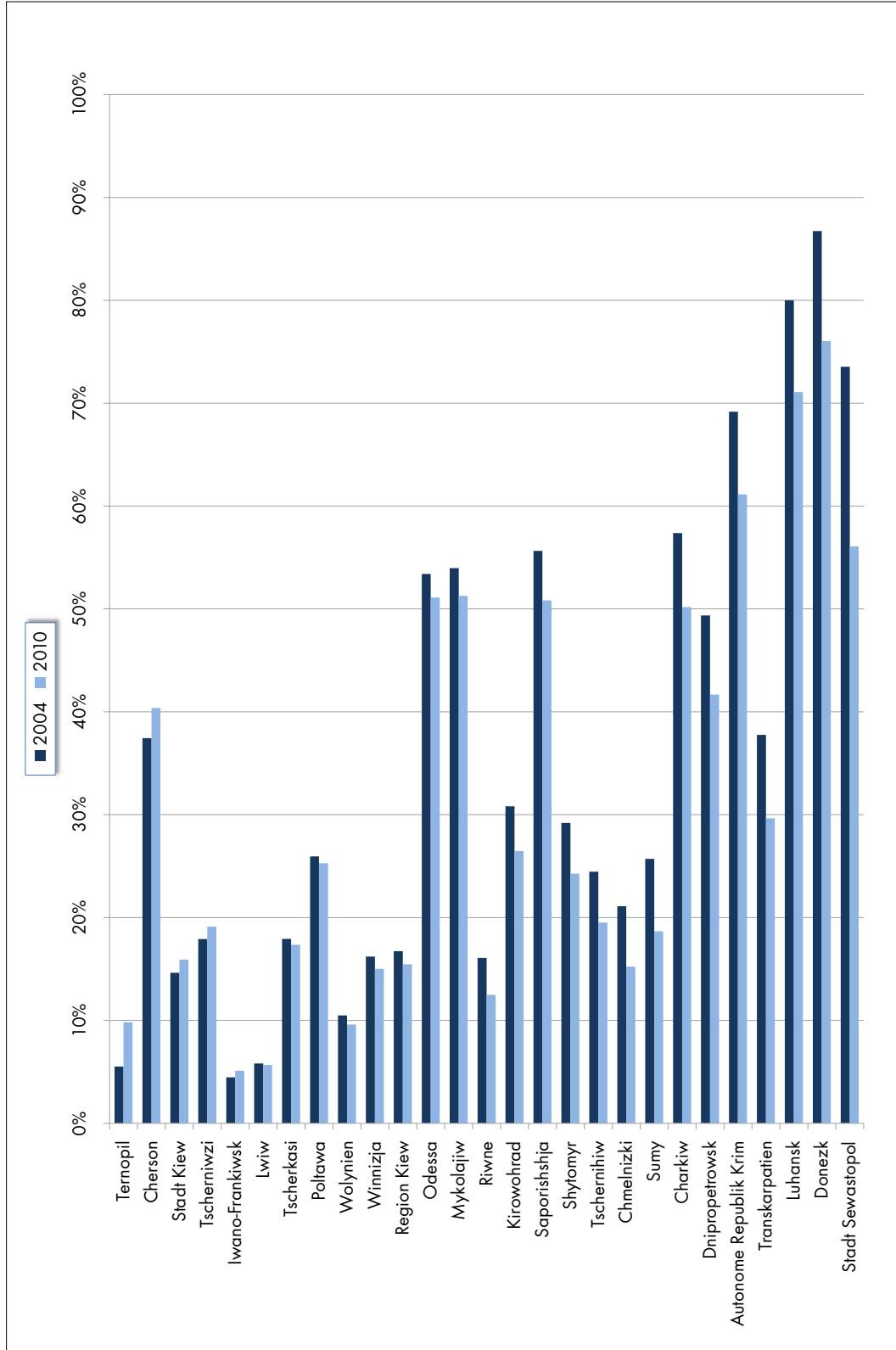


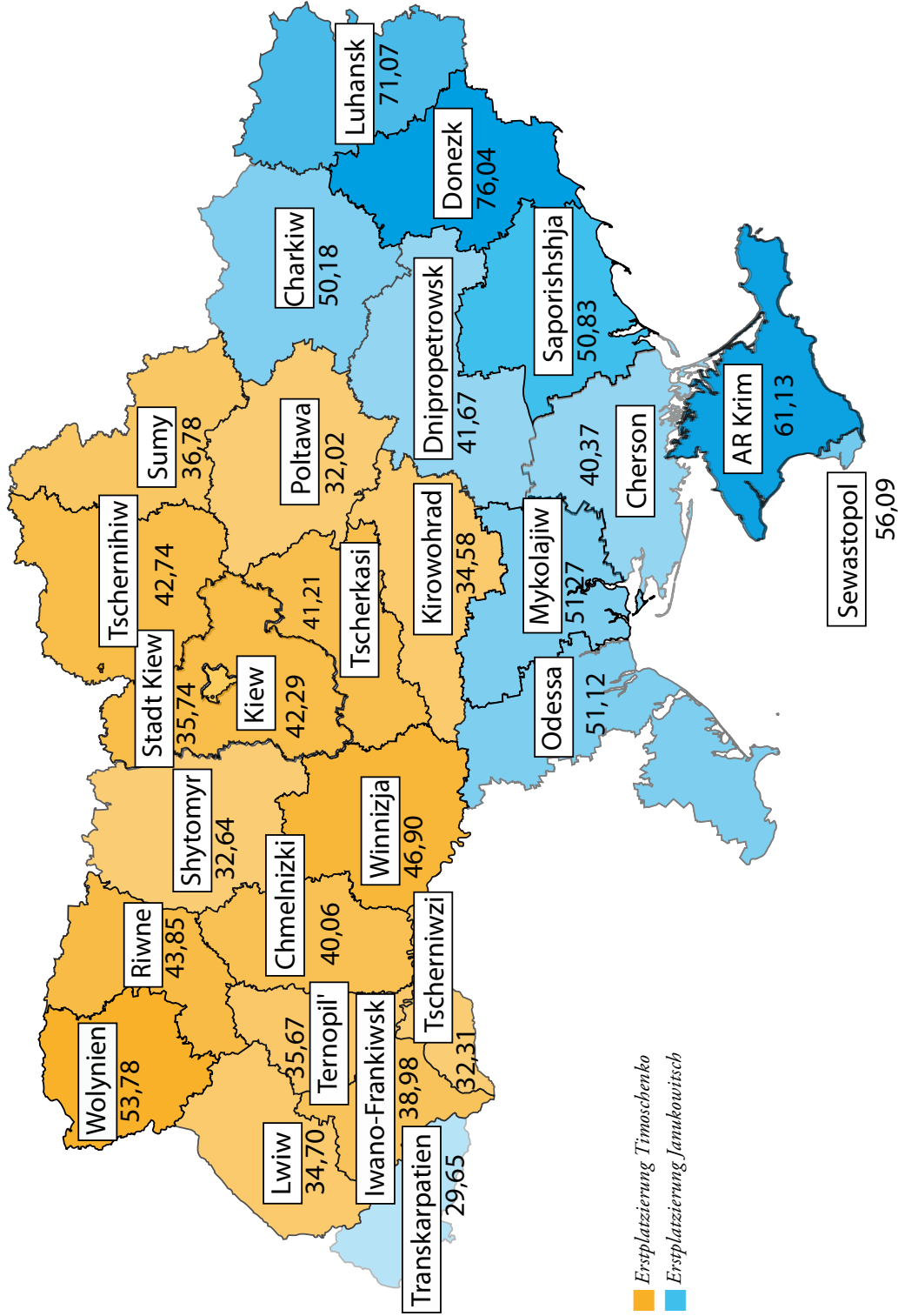
Tabelle 1: Ergebnisse für Viktor Janukowitsch bei den Präsidentschaftswahlen 2004 und 2010 im Vergleich (jeweils im ersten Wahlgang) (%)

Region	2004	2010	Differenz	veränderte Platzierung 2004/2010
Ternopil	5,51	9,82	4,31	2/4
Cherson	37,44	40,37	2,93	1
Stadt Kiew	14,63	15,91	1,28	2/3
Tscherniwzi	17,91	19,12	1,21	2/3
Iwano-Frankiwsk	4,47	5,11	0,64	2/4
Lwiw	5,81	5,67	-0,14	2/4
Tscherkasi	17,92	17,36	-0,56	2
Poltawa	25,95	25,27	-0,68	2
Wolynien	10,48	9,6	-0,88	2/3
Winnizja	16,2	15,01	-1,19	2
Region Kiew	16,73	15,45	-1,28	2
Odessa	53,4	51,12	-2,28	1
Mykolajiw	53,97	51,27	-2,7	1
Riwne	16,08	12,48	-3,6	2
Kirowohrad	30,82	26,47	-4,35	2
Saporishshja	55,65	50,83	-4,82	1
Shytomyr	29,2	24,27	-4,93	2
Tschernihiw	24,45	19,51	-4,94	2
Chmelniczki	21,1	15,23	-5,87	2
Sumy	25,7	18,66	-7,04	2
Charkiw	57,37	50,18	-7,19	1
Dnipropetrowsk	49,37	41,67	-7,7	1
Autonome Republik Krim	69,17	61,13	-8,04	1
Transkarpatien	37,75*	29,65	-8,1	2/1
Luhansk	80,0	71,07	-8,93	1
Donezk	86,74	76,04	-10,7	1
Stadt Sewastopol	73,54	56,09	-17,45	1
Ukraine	39,26	35,32	-3,94	1

Anm.: 2004 hatte Viktor Juschtschenko in Transkarpatien 46,61% der Stimmen erhalten. Transkarpatien ist somit die einzige Region, die Janukowitsch dem orangen Lager abnehmen konnte.

Quelle; Zentrale Wahlkommission, www.cvk.gov.ua

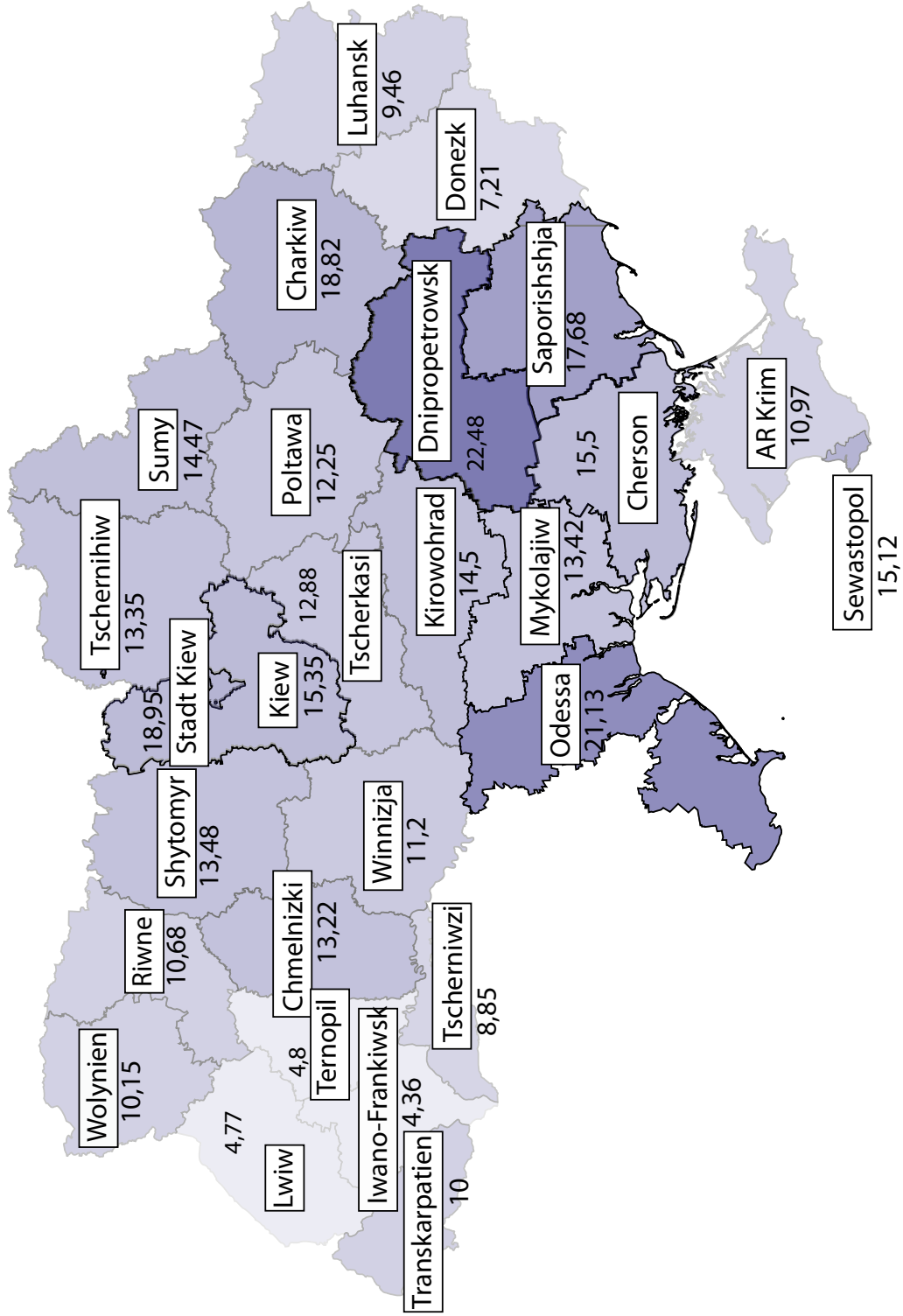
Karte 1: Wahlergebnisse für Viktor Janukowitsch und Julia Timoschenko nach Regionen



■ Erstplatzierung Timoschenko
■ Erstplatzierung Janukowitsch

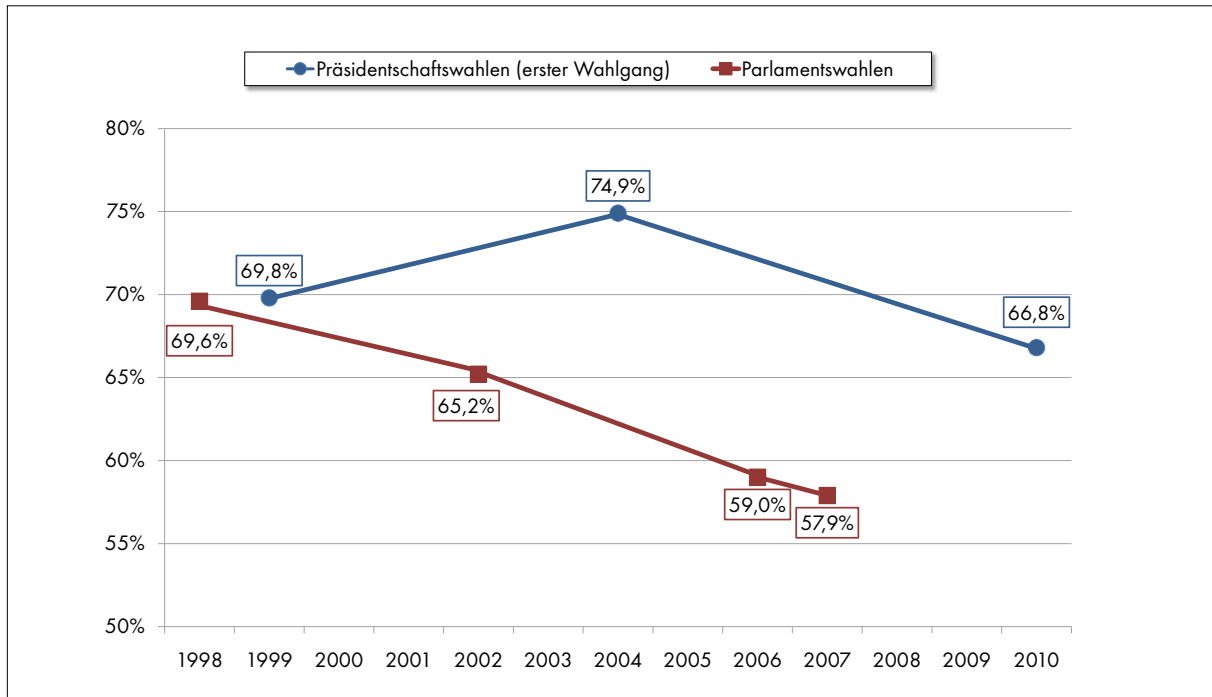
Kartographie: Sebastian Klüsener, Bearbeitung: Judith Janiszewski
 Quelle: Zentrale Wahlkommission, cvk.gov.ua

Karte 2: Wahlergebnisse für Sergej Tihipko nach Regionen



Kartographie: Sebastian Klüsener, Bearbeitung: Judith Janiszewski

Quelle: Zentrale Wahlkommission, cvk.gov.ua

Grafik 3: Beteiligung an den Wahlen der letzten Jahre in %


Quelle: Zentrale Wahlkommission, www.cvk.gov.ua; rosbalt.ru

Pressestimmen zum ersten Wahlgang der Präsidentschaftswahlen 2010

Demokratie in Aktion, Sergej Sidorenko, Kommersant Ukraina, 19.1.2010

Während die Beobachter im Jahr 2007 im Vorhinein erklärt hatten, dass die Parlamentswahlen als den demokratischen Standards entsprechend anerkannt werden würden, war man sich vor den Wahlen 2010 nicht so sicher, weder die nationalen noch die Beobachter. In den Zwischenberichten der OSZE und der ENEMO war von wesentlichen Verletzungen der demokratischen Normen die Rede und die Vertreter des Wählerkomitees der Ukraine hielten es sogar für möglich, dass die Wahlen als nichtdemokratisch eingestuft werden könnten. Die Prognosen der Skeptiker haben sich jedoch nicht bewahrheitet.

<http://kommersant.ua/doc.html?DocID=1306626&IssueId=7000348>

Wirtschaftliche Errungenschaften und Rückschläge des scheidenden Präsidenten, Jelena Pawlenko, Sejtschas, 19.01.10

Aufstieg und Fall – so bleibt die Präsidentschaft Viktor Juschtschenkos im Gedächtnis. Als er den wichtigsten Posten des Landes annahm, vertrauten ihm 50 % der Wähler, wenn er nun aber die Bakowajastraße [Sitz der Präsidentschaftsverwaltung] verlässt, unterstützen ihn lediglich noch 5%. Er begann seine Präsidentenkarriere in der Zeit des ökonomischen Aufschwungs und verlässt seinen Posten in der Hochzeit der Krise. Wirtschaftlicher Aufschwung und Niedergang aber sind globale Angelegenheiten, die kaum vom Präsidenten abhängen.

<http://www.sejchas.ua/politics/2010/1/19/articles/62286.htm>

Die erste Runde haben wir zu Ende gespielt, Wladislaw Bereshnoj et al., Segodnja, 18.1.2010

Die erste Halbzeit haben wir also zu Ende gespielt. Und an ihr ist bereits das Schicksal der zweiten Halbzeit ablesbar, die sich leider nicht unbedingt in den Wahlbezirken entscheiden wird, sondern wieder einmal bei den Gerichten. Den ganzen Sonntag über haben sich die »Regionalen« und der Block Timoschenko traditionell des Stimmenkaufs und des gesetzeswidrigen Wahlkampfes (Wahlplakate wurden in vielen Städten auch bis zum Tag vor der Wahl nicht abgenommen) beschuldigt. Aus globaler Sicht waren das aber natürlich nur Kleinigkeiten.

<http://vybory2010.segodnya.ua/vnews/14107962.html>

Nicht unsere Wahlen, gazeta.ru, 18.1.2010

Die russische Macht, die bittere Erfahrungen mit dem letzten ukrainischen Präsidentschaftswahlkampf 2004–2005 gemacht hat, nahm diesmal von direkten Eingriffen in den Wahlprozess des Nachbarlandes Abstand. [...] Bei Energiefragen, die für den Kreml grundsätzlich sind, fällt es der russischen Seite sogar leichter Vereinbarungen mit Julia Timoschenko zu treffen – aufgrund ihres besonderen Charakters: Sie unterschreibt jeden Vertrag, der auf die Festigung ihrer Macht hinwirkt. Dabei wird Timoschenko wohl kaum auf nationale Rhetorik verzichten und sicherlich keine Beziehungen zu Russland aufbauen, die den Beziehungen zum Westen schaden könnten. Außerdem ist sie im Vergleich zu Viktor Juschtschenko eine wesentlich selbstständigere Politikerin. Und weder Julia Timoschenko noch Viktor Janukowitsch werden z. B. Russland ein Kontroll- oder Mehrheitspaket am ukrainischen Gastransportsystem übergeben – das würde für die Ukraine den Verlust der Souveränität bedeuten, und die dortige Elite schätzt diese sicher nicht weniger als die russische Macht ihre »souveräne Demokratie«.

http://www.gazeta.ru/comments/2010/01/18_e_3313083.shtml

Präsident im zweiten Wahlgang, Tatjana Iwschenko, Nezavisimaja gazeta, 18.1.2010

In der Ukraine fanden gestern die ersten Wahlen statt, bei denen der berüchtigte russische Faktor keinerlei Rolle gespielt hat. Wenn es den ukrainischen Politikern in den letzten 18 Jahren der Unabhängigkeit gelang, mit diesem Thema zumindest zu schachern, so gab das offizielle Moskau dazu bei diesen Wahlen erstmals keine Möglichkeit: Es hielt sich demonstrativ von spürbarer Einflussnahme auf die Situation fern und legte nicht das geringste Interesse an den Ereignissen an den Tag. Letztendlich verloren nicht nur diejenigen, die auf die Unterstützung Moskaus gesetzt hatten, sondern auch jene, die eine Einmischung erwarteten, die ihnen angesichts des »äußeren Feindes« die Vereinigung der Wählerschaft ermöglichen sollte.

http://www.ng.ru/courier/2010-01-18/9_ukraine.html

Viktor Juschtschenko ist zur historischen Figur gewählt worden, Witalij Portnikow, Radio Svoboda, svobodanews.ru, 18.01.2010

Und noch ein wichtiger Punkt – der fünfte Platz geht an den Präsidenten der Ukraine Viktor Juschtschenko. Man kann schon jetzt sagen, dass diese politische Figur die hohen Ränge der ukrainischen Politik verlassen und in den kommenden Jahren wohl kaum zu einer Person werden wird, die ernst zu nehmenden Einfluss auf die Entwicklungen im eigenen Land nehmen kann. Viktor Juschtschenko ist vielmehr bereits eine historische Figur – keine politische, obwohl er weiterhin das Geschehen beeinflussen kann, solange er amtierender Präsident ist. Insbesondere wenn es den beiden Präsidentschaftskandidaten im Laufe des zweiten Wahlgangs misslingt, sich mit dem Sieg des Opponenten einverstanden zu erklären. Hier liegt eine sehr wichtige Funktion eines scheidenden Präsidenten, wie die Erfahrung mit Leonid Kutschma in den schwierigen Tagen im Jahr 2004 gezeigt hat.

<http://www.svobodanews.ru/content/article/1932295.html?page=1#relatedInfoContainer>

Mit dem Sieg Viktor Janukowitschs nähert sich die Ukraine wieder Russland an, Tony Halpin, The Times online, 18.1.2010

Viktor Juschtschenko, der scheidende Präsident der Ukraine, hat bei den Wahlen eine herbe Niederlage erlitten. Aber trotz der erniedrigenden Abstrafung durch das Ergebnis von knapp 6 %, sollte die Geschichte milde über ihn urtei-

len. Trotz all der politischen und wirtschaftlichen Turbulenzen der letzten fünf Jahre, hat sich die Ukraine unter seiner Präsidentschaft von einem der üblen postsowjetischen, hoffnungslosen Fälle zu einem Land mit echter Hoffnung auf eine erfolgreiche demokratische Zivilgesellschaft gewandelt.

Man muss nur das politische Leben in Belarus und Russland mit der Lebhaftigkeit des Wettbewerbs in der Ukraine vergleichen, um die Auswirkungen der Orangen Revolution zu erkennen. Die Wähler hatten eine echte Wahl zwischen verschiedenen Kandidaten, die ein breites Spektrum politischer Meinungen repräsentieren. Der Wahlkampf wurde ohne die Angst durchgeführt, dass das herrschende Regime Polizeitruppen schicken würde, um Wahlversammlungen zu stören und Oppositionelle festzunehmen.

<http://www.timesonline.co.uk/tol/news/world/europe/article6991628.ece>

Janukowitschs Vorsprung in der Ukraine könnte sich als Illusion herausstellen, Douglas Birch, The Guardian, guardian.co.uk, 18.1.2010

Die Nato-Mitgliedschaft ist in Zukunft out. Es wird keine Kreml-Prügel mehr in Kiew geben und die Beziehungen zu Georgien werden nicht annähernd so eng sein wie sie es unter dem orangen Präsidenten Viktor Juschtschenko gewesen sind. Er wurde bei der Wahl am Sonntag vernichtend geschlagen, indem er nur 5,5 Prozent der Stimmen erhielt. Vor fünf Jahren hatten viele orange Protestler davon geträumt, mit der Abhängigkeit der Ukraine von Moskau zu brechen und ein Teil Westeuropas zu werden. Aber sie erlebten ein böses Erwachen als die Ukraine mit Russland um Energiepreise kämpfte, als es 2008 zum russisch-georgischen Krieg kam und als die Ukraine einer der heftigsten Konjunkturrückgänge in Europa erlitt.

<http://www.guardian.co.uk/world/feedarticle/8904304>

Die Geheimnisse des dritten Siegers, Reinhard Vesper, Frankfurter Allgemeine Zeitung, faz.net, 19.1.2010

Der heimliche Sieger der ukrainischen Präsidentschaftswahl heißt Sergej Tihipko. Zu Beginn des Wahlkampfs im Oktober vergangenen Jahres lag der frühere Nationalbankpräsident in Umfragen in der Rangliste der 18 Kandidaten noch nahe an den Abstiegsrängen, bei der Abstimmung am Sonntag wurde er jedoch mit etwa 13 Prozent der Stimmen Dritter. Der Ausgang der Stichwahl zwischen Ministerpräsidentin Julija Timoschenko und Viktor Janukowitsch am 7. Februar wird daher in starkem Maße davon abhängen, wem sich seine Wähler zuwenden – und eine eindeutige Antwort auf diese Frage gibt es nicht. Tihipko lehnte am Sonntagabend eine Wahlempfehlung kategorisch ab: »Meine Wähler sind intelligente Menschen, die selbst nachdenken und entscheiden, bevor sie abstimmen. Deshalb werde ich ihnen keine Ratschläge für die zweite Runde geben.«

<http://www.faz.net/s/RubDDBDABB9457A437BAA85A49C26FB23A0/Doc~EF52C844B2E0C4B18A6EC433634ABC9D~ATpl~Ecommon~Scontent.html>

Der Antiheld von einst liegt vorn, Thomas Urban, Süddeutsche Zeitung, 18.1.2010

Amtsinhaber Viktor Juschtschenko brachte dagegen nur rund sechs Prozent der Wähler hinter sich. Der Held der Orangen Revolution von 2004 wurde somit nach nur einer Amtszeit abgewählt. Ihm wurde vor allem vorgeworfen, die Korruption sowie die wuchernde Staatsbürokratie nicht in den Griff bekommen zu haben. Kaum ein Echo haben seine Warnungen gefunden, dass sowohl bei einem Wahlsieg Timoschenkos als auch Janukowitschs die Ukraine wieder zu einem »russischen Protektorat« würde. Juschtschenko propagierte als einziger Kandidat einen raschen Nato-Beitritt der zweitgrößten ehemaligen Sowjetrepublik, die rund 46 Millionen Einwohner zählt.

<http://www.sueddeutsche.de/politik/127/500393/text/>

Orange-Revolutionär verabschiedet, Lutz Herden, der Freitag, 18.1.2010

Hat eine erschlagende Mehrheit in der Ukraine, die Präsidentschaftswahl genutzt, die »Revolution in Orange« zu beerdigen? Die blamablen fünf Prozent für den bisherigen Staatschef Juschtschenko delegieren eine Revolutionsikone in die politische Reservearmee. So wird jemand abgestraft, der abgewirtschaftet hat. Juschtschenko erhält einen Regierungs-

stil quittiert, der durch persönliche Animositäten wie kompromissloses Lagerdenken geprägt und dazu angetan war, die Kluft zwischen einer pro-westlichen und einer pro-russischen Ukraine zu vertiefen, statt einzuebnen. Nun geben die Wähler mit einem Stimmenanteil von über 65 Prozent für die Kandidaten Viktor Janukowitsch und Julia Timoschenko zu verstehen, dass sie den selbstzerstörerischen Konflikt mit Russland nicht wollen.

<http://www.freitag.de/politik/1002-ukraine-wahl-janukowitsch>

Ukraine: Die Demokraten ereilt die Strafe mit dem Stimmzettel, Mathias Brüggmann, Handelsblatt, 18.1.2010

Die Revolution frisst wieder einmal ihre Kinder: Entnervt über den Dauerstreit der vor fünf Jahren siegreichen »oran-genen« Revolutionäre und vollkommen enttäuscht über deren katastrophale politische und wirtschaftliche Resultate der vergangenen Jahre haben die Ukrainer ihre Revolutionshelden abgestraft. Aber, das ist entscheidend: Die Strafe kam auf demokratischem Weg, per Stimmzettel. [...]

Leider aber droht der Ukraine, wenn Janukowitsch im zweiten Wahlgang Staatschef wird, weiter eine lähmende politische Blockade durch Timoschenko, die dann Premierministerin bliebe. In dieser Situation würde das Land noch weiter auf einen wirtschaftlichen Kollaps zurutschen.

<http://www.handelsblatt.com/meinung/kommentar-politik/ukraine-die-demokraten-ereilt-die-strafe-mit-dem-stimmzettel;2514522>

Zusammengestellt und übersetzt von Judith Janiszewski

Der Internationale Währungsfonds zu den Wahlen in der Ukraine

Mitschrift einer Pressekonferenz des IWF Vorsitzenden Dominique Strauss-Kahn, dem Vizedirektor John Lipsky und der Direktorin für auswärtige Angelegenheiten Caroline Atkinson am 14. Januar 2010, Washington, DC

QUESTION: Thank you. My question obviously is about my region of the world. I'd like to have your thoughts on what you see as prospects for Russia and her neighbors, and specifically on Ukraine. Because we all know that the IMF has had some issues with going on with the program with Ukraine. Is there a way of continuing supporting them throughout their political difficulties which may end soon or may not? Thank you.

MR. STRAUSS-KAHN: So I understand when you say "my region of the world" that you feel that Russia and Ukraine belong to the same European region. Well, it's not a secret that the program in Ukraine has run very well until three months ago. And then – which could have been expected because of political constraints and the election coming – the situation has been a bit more difficult. So we are working very closely with the Ukrainians. We worked with them during all the month of December and John Lipsky did fantastic work trying to put all the different parts of the Ukrainian government executive power working together. It's not that easy, but I guess it won't be easy in other countries with this kind of election and this kind of institution. So at the end of the day, we succeeded in having all the payment, especially the international payment. And then they made the gas payment to Russia being done, the situation is quiet even if there are some pressures on the economy.

Elections are going to happen in coming days and the second run at the end of the first week of February. We're expecting that this will go smoothly. And then, of course, with a new executive power we are expecting that normal relations can start again. There is no reason why the different commitments which have been made by the different candidates, which are in some ways converging – everybody's saying that we want to go on with the IMF program – that this commitment will not be fulfilled. And so I'm confident that as soon as this normally shaky electoral period will be over, it will be possible to resume a normal relationship with the program.

Quelle: <http://www.imf.org/external/np/tr/2010/tr101410.htm>

Wahlbeobachtung der OSZE

Auszug aus dem vorläufigen Wahlbericht

The first round of the 17 January presidential election in Ukraine was of high quality and showed significant progress over previous elections. This election met most OSCE and Council of Europe commitments. Civil and political rights were respected, including freedom of assembly, association and expression. Election day was conducted in an efficient and orderly manner.

This election saw a diverse field of candidates representing alternative political views, offering a genuine choice to the electorate. Candidates were able to campaign freely across the country without impediment. The campaign period was generally calm and orderly. Unsubstantiated allegations of large-scale electoral fraud negatively affected the pre-election atmosphere and voters' confidence. In contradiction with the law, administrative resources were misused by candidates in official positions. More transparent campaign financing is necessary during the pre-election period.

By voting in large numbers and freely expressing their will, Ukrainians have shown the desire to decide on the course of the country. The intertwining of political and economic interests had a negative influence and undermined public confidence in the political process, posing a challenge for Ukraine's leadership.

Election rules have to be set clearly and should not be a permanent subject of discussion. Regrettably, a unified election code has not yet been adopted in Ukraine. The existing election law as amended in August 2009 was a step backward compared to previous legislation. As a result, the legal framework remains unclear and incomplete. Last minute court decisions contributed to a lack of clarity in the procedures. However, if implemented in good faith and in a non-restrictive manner, the legislation could provide a basis for holding democratic elections.

Freedom of expression significantly improved since 2004. Overall, the pluralistic media environment offered voters a variety of information about leading presidential candidates and their platforms. The media was subject to heavy financial pressures and economic interests. The coverage by the electronic media was often not determined on the basis of newsworthiness, but rather as a result of candidates paying to appear in the news or current-affairs programmes.

Despite a delay in funding, the election commissions were generally efficient in meeting tight deadlines while coping with a heavy workload. The Central Election Commission (CEC) mostly operated in a non-partisan and collegial manner, although in a highly polarized political environment. The CEC did not fully address the shortcomings of the law, at times leaving the District Election Commissions (DECs) and Precinct Electoral Commissions (PECs) without proper guidance. Some actions of the CEC lacked the required transparency.

In a positive development, for the first time a State Voter Register was established and the election and state administration made considerable efforts to decrease the number of multiple registrations of voters and to improve the overall quality of voter lists. Throughout the campaign, candidates rarely used the legal means available to them in the electoral legislation to address their complaints. The administrative courts adjudicated election-related cases in a timely and transparent manner, meeting tight deadlines and providing plaintiffs effective remedies. The CEC did not address complaints in a transparent manner and answered most of them without a formal decision, thus denying access to effective remedies.

The presence of domestic observers significantly increased transparency. Non-governmental organizations monitored the elections despite the fact that they were not permitted by the election law to register their members as observers.

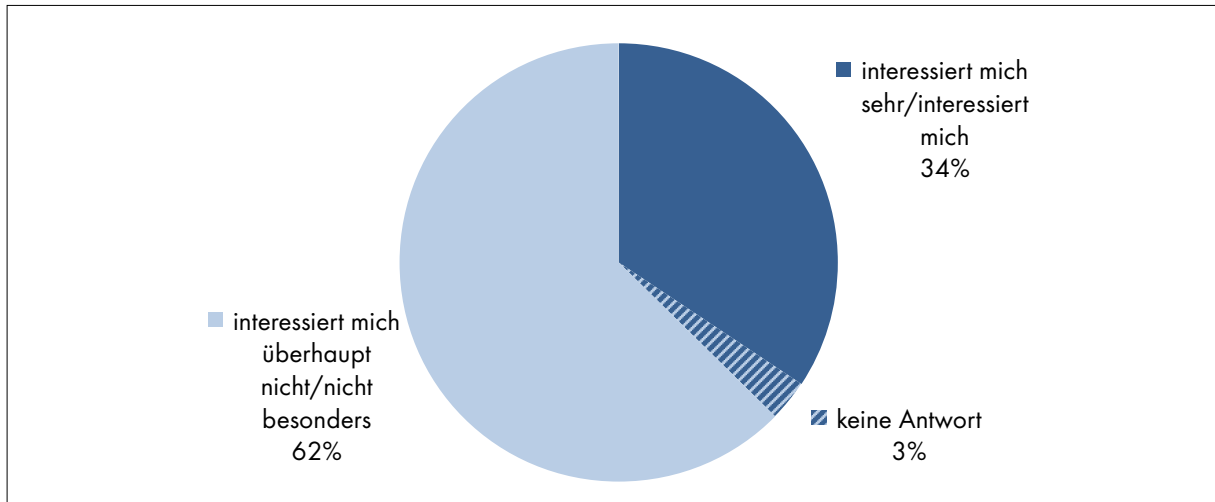
Women were well-represented in the leadership positions of the election administration.

The election day was orderly and calm. Voting and counting was assessed as overwhelmingly positive by observers.

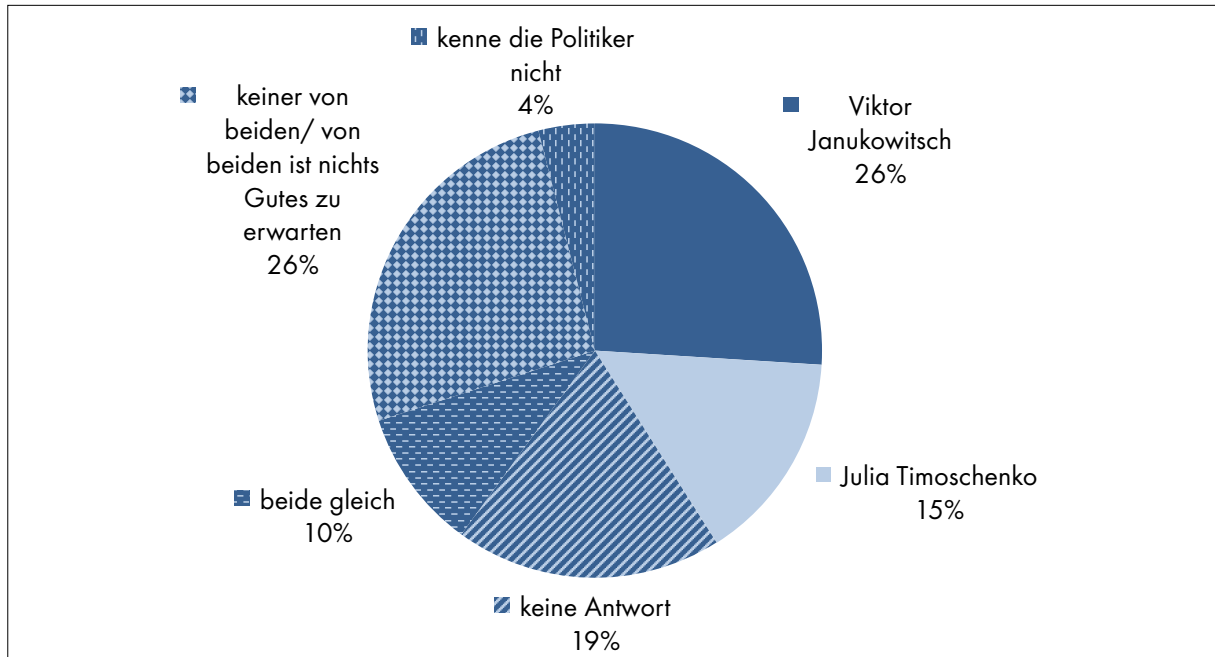
Quelle: Statement of preliminary findings and conclusions on the 17 January 2010 presidential election in Ukraine,
http://www.osce.org/documents/odhr/2010/01/42386_en.pdf

Die Wahlen in der Ukraine in den Augen der russischen Öffentlichkeit

Grafik 4: Wie stark interessieren Sie sich für die Präsidentschaftswahlen in der Ukraine, die im Januar des kommenden Jahres stattfinden? (November 2009)



Grafik 5: Wessen Sieg bei den Präsidentschaftswahlen würde am stärksten den Interessen Russlands entsprechen? (November 2009)



Quelle: Umfrage des Lewada-Instituts vom 20.–23. November 2009, <http://www.levada.ru/press/2010011400.html>

Diskussion

Die ukrainische Protodemokratie im zeitgeschichtlichen Kontext

Replik auf eine Kritik von Ingmar Bredies

Von Andreas Umland, Eichstätt

Einleitung

In der letzten Ukraine-Analyse (Nr. 66) hat Ingmar Bredies mit ironischem Unterton auf meine Interpretation der Orangen Revolution in der vorletzten Ukraine-Analyse (Nr. 65) verwiesen. Auch Dieter Segert hat in der Ukraine-Analyse Nr. 66 Zweifel an meiner Argumentation von einem stabilen Ausbrechen der Ukraine aus dem postsowjetischen Muster einer autoritären Restauration angemeldet. Ich nehme gern die Gelegenheit wahr, Präzisierungen meiner Interpretation der Orangen Revolution sowie Konzipierungen der von Bredies kritisierten Begriffe »Scheideweg« und »demokratischer Durchbruch« anzufügen.

Bredies mokiert sich über die Verwendung des Terminus »Scheideweg« im Zusammenhang mit der Orangen Revolution, womit – angesichts der fortgesetzten Krisenhaftigkeit der ukrainischen Politik – mancher Leser einverstanden sein mag. Zum einen muss jedoch angemerkt werden, dass der von Bredies erwähnte Kurztex t keine Situationsanalyse der heutigen Ukraine war. Der Beitrag versuchte lediglich eine Würdigung der Orangen Revolution aus Anlass ihres fünfjährigen Jubiläums am 21.11.2009 sowie im Lichte der deklarierten Ziele bzw. Ideale der »Revolutionäre«. Zum anderen bezog ich »Scheideweg« – anders als z. B. Alexander Motyl – nicht auf die ukrainische Politik als solche (Motyl 2005: »The Orange Revolution marked a watershed in independent Ukraine's political development«). Der Begriff signalisierte auch keine abschließende Annäherung an das westliche Demokratiemodell. Meine Klassifizierung der Orangen Revolution als »Scheideweg« ergab sich aus dem Vergleich der jüngsten Entwicklung der Ukraine einerseits und derjenigen Russlands sowie anderer ehemaliger Sowjetrepubliken, deren Territorien bereits seit 1922 zur UdSSR gehört hatten, andererseits. Er war eher komparativ als normativ gemeint.

Die Ukraine und Russland im Vergleich

Die elektoralen Autoritarismen des »Spätkutschismus« und »Frühputinismus« in den Jahren 1999 bis 2004 wiesen etliche Analogien auf. Dagegen ähnelten sich – so mag auch Bredies zustimmen – die Ukraine während der ersten und letzten Amtszeit Juschtschenkos 2005–2010 und die Russische Föderation während der zweiten (jedoch womöglich nicht letzten) Amtszeit Putins 2004–2008 weit weniger. Wie immer man zu diesen Veränderungen stehen mag: Der Fakt der Ausdifferenzierung der bis dahin relativ ähnlichen Transformationspfade der beiden größten und historisch eng

verbundenen Nachfolgestaaten der UdSSR als solcher ist offensichtlich und in gewisser Hinsicht paradox, wie von Bredies und mir 2009 kurz dargelegt.

Wie ich sowohl in der vorletzten Ukraine-Analyse als auch in der Langversion des Beitrags in der Zeitschrift Osteuropa hätte deutlicher machen können, sind die Veränderungen in Russland im Gefolge der Orangen Revolution weltpolitisch folgenschwerer als der deklarierte »Demokratisierungsschub« in der Ukraine. Bis 2004 konnte die Verhärtung des Putin-Regimes noch als eine provisorische Rezentralisierung des scheinbar auseinanderdriftenden russischen Staates angesehen werden. Nach der Orangen Revolution und teils offenbar in Reaktion auf sie hat sich in Russland allerdings eine Tendenz durchgesetzt, die ein unkompliziertes Zurückfahren von Putins »Machtvertikale« – ob nun »von oben« oder »unten« initiiert – schwierig macht. Weder die tausenden Funktionäre von »Einiges Russland« in den verschiedenen Legislativorganen und Parteibüros, noch die hunderten »Silowiki« in der Exekutive werden auf ihre einmal erlangten Posten ohne Weiteres verzichten – so überzeugend ihnen Medwedjew auch die Notwendigkeit von politischem Pluralismus, fairen Wahlen und offenem Parteienwettbewerb für Russland erklären mag. In Russland scheint fürs Erste »der Zug abgefahren« zu sein, obwohl weiterhin die Hoffnung besteht, dass Medwedjew eines Tages genügend Macht akkumuliert, um das jetzige System zu durchbrechen.

In der Ukraine bleibt hingegen vieles offen: Wer gewinnt die Präsidentschaftswahlen am 7. Februar 2010? Wird es einen neuen Ministerpräsidenten und womöglich vorzeitige Parlamentswahlen im kommenden Jahr geben? Bleibt die Ukraine eine semipräsidentielle oder wird sie zu einer parlamentarischen oder gar präsidentiellen Republik? Wie werden sich die Beziehungen zu Russland und der EU entwickeln? Wird die Ukraine je NATO-Mitglied, und wenn ja – wann?

Die historische Bedeutung der Orangen Revolution

Das von Bredies wiederholt kritisierte Konstrukt »demokratischer Durchbruch« scheint mir vor dem Hintergrund der Entwicklungsdynamiken vergleichbarer post-sowjetischer Staaten sowie im Lichte der ukrainischen Fortschritte in den Bereichen Massenmedien, Zivilgesellschaft und Wahlen weiterhin angebracht. Gerhard Simon vermutete 2005 kurz nach der Massenaktion zivilen Ungehorsams: »Die Revolution in Orange war möglicherweise der entscheidende Schritt auf einem Weg, der die Ukraine fest in der westlichen politischen Werteordnung verankern könnte.« Im Lichte der drei darauffolgenden Wahlgänge vom März 2006, September 2007 und Januar 2010 sowie deren weitgehend positiver Bewertung durch Beobachtermissionen des Euro-Parates und der OSZE scheint diese Vermutung nunmehr bestätigt.

Damit ist freilich kein allumfassender Bruch mit den verschiedenen Erblasten der sowjetischen Vergangenheit gemeint. In der Langversion des Beitrages in der Zeitschrift Osteuropa habe ich – im Gegenteil – versucht zu begründen, warum die Ereignisse von 2004 eben keine tatsächliche Revolution darstellten, weshalb das Konstrukt »Orange Revolution« eher als Eigenname denn als klassifikatorischer Begriff verwendet werden sollte. Die Massenaktion zivilen Ungehorsams von 2004 bedeutete, im Gegensatz zur wirklichen Revolution von 1989–1991, keinen prinzipiellen Wandel mehr, sondern war lediglich ein wichtiger Schritt in die – mit einigen Abstrichen, etwa bezüglich der »Politrefurma« – richtige Richtung. Zumindest ergibt sich solch ein Bild, wenn man die Ukraine im Vergleich zu Russland betrachtet bzw. den anderen Gründungsrepubliken der UdSSR gegenüberstellt. Die jüngsten Entwicklungen dieser Staaten und nicht die Funktionsweise heutiger westlicher Demokratien stellt, wie unten dargelegt, den relevanten Referenzrahmen für eine historisch fundierte Bewertung der Ukraine dar. Vor diesem Hintergrund ergibt sich aus demokratietheoretischer (weniger dagegen aus regierungstechnischer) Sicht eine positive Bilanz für die Ukraine und ein negatives Ergebnis für Russland. In dieser Hinsicht kann man von einem (womöglich sogar mehrdimensionalen) »Bruch« zwischen der Ukraine und Russland sprechen.

Ich bin mit Bredies einverstanden, dass Sozialwissenschaft, zumal Demokratieforschung, immer auch kritische Wissenschaft sein sollte und dass die politische Ordnung der post-orangen Ukraine viel Kritik verdient. Allerdings darf man den geschichtlichen Kontext und die sich hieraus ergebenden besonderen Herausforde-

rungen der ukrainischen Demokratisierung nicht aus den Augen verlieren. In zeithistorischer Hinsicht war die Ukraine nicht – wie es ukrainische Patrioten teilweise darstellen – ein Teil Zentraleuropas. Die Ukraine ist keineswegs nur eine Art »zweites«, weiter östlich gelegenes »Polen«. Anders als Polen oder die Tschechische Republik war das Territorium der Ukraine nicht nur zeitweise ein Teil des Dritten Reiches und des Sowjetimperiums. Das ukrainische Volk verlor nicht nur – wie in westlichen Kommentaren zur ukrainischen Kollaboration gerne unterschlagen – Millionen Menschen unter deutscher Besatzung.

UdSSR-Gründungsrepublik und Erstdemokratie

Der Großteil der Ukraine hatte schon vorher die mörderischen Phasen des Frühbolschewismus sowie Hochstalinismus erlebt – Hungersnöte, »Säuberungen«, Deportationen, Kollektivierung, Versklavung, Russifizierung usw. – mit ebenfalls Millionen Toten sowie Abermillionen Terrorisierter und Traumatisierter. Von letzterem und von der damit einhergehenden weitgehenden Plättung bürgerlicher, nationaler und zivilgesellschaftlicher Traditionen waren die mittelosteuropäischen Staaten, die zudem 1945–1989 »nur« zum äußeren Sowjetreich gehörten, verschont geblieben. Lediglich Ostgalizien, Transkarpatien, Wolynien und die Nordbukowina hatten insofern »Glück gehabt«, als sie erst 1939–1940 in die UdSSR eingegliedert wurden und damit die blutigste Phase des Stalinschen Totalitarismus »verpassten«. Vor diesem Hintergrund nimmt es nicht Wunder, dass 1989 die ukrainische national-demokratische Bewegung in der noch Reste an bürgerlicher Tradition pflegenden Westukraine ihren Ausgang nahm und sich von dort auf andere Teile der Ukrainischen SSR ausbreitete.

Während der Orangen Revolution verschob sich allerdings diese regionale Dynamik. Die Westukrainer waren zwar auch hier wieder hochgradig aktiv. Als ihre Züge aber im Spätherbst 2004 in Kiew eintrafen, hatten jedoch die mehrheitlich russischsprachigen Hauptstadtbewohner unter der Führung häufig ost- und zentralukrainischer Politiker (Juschtschenko, Timoschenko, Moros usw.) bereits mit ihrer Massenaktion zivilen Ungehorsams begonnen. Auch war die Dimension des Ereignisses bemerkenswert, wie etwa Simon 2005 bemerkte: »Die schiere Quantität und der Grad der Organisiertheit der über mehr als zwei Wochen anhaltenden Massendemonstrationen ging weit über das hinaus, was sich 1989 in Leipzig oder Prag abspielte«. Eben dies war – so scheint mir – der immer noch nicht hinreichend interpretierte »Scheideweg«, an dem die

Bewohner der über 70 Jahre sowjetischen Ukraine sich für eine andere Zukunft entschieden, als die Mehrheit der Bürger aller anderen Staaten, deren Territorien bereits bei Gründung des Sowjetstaates zur UdSSR gehört hatten.

Last but not least sollte nicht vergessen werden, dass die Ukraine derzeit – im Unterschied zu vielen anderen heutigen Demokratien, etwa der bundesdeutschen – ihre erste liberale Demokratie aufbaut, ja nunmehr bereits in deren 18. Jahr geht. Beim ersten Wahlgang der derzeitigen Präsidentschaftswahlen wählten die Ukrainer bereits zum dritten Mal einen Amtsinhaber ab: 1994 Präsident Leonid Krawtschuk, 2004 Premierminister Viktor Janukowitsch (als designierten Nachfolger von Präsident Leonid Kutschma) und 2010 Präsident Viktor Juschtschenko. Hier mit Lucan Way weiterhin lediglich von »pluralism by default«, Demokratie als bloßes Resultat einer Pattsituation, zu sprechen, ist unzureichend. Insofern greift auch Bredies' Reduktion des Unterschiedes zwischen der vor- und nach-orangen Ukraine auf eine »Pluralität« an Akteuren und »institutionelle ›Nischenbildung‹ durch verschiedene, etwa gleich starke Gruppierungen mit einer gewissen Vetomacht« in der letzten Ukraine-Analyse inzwischen zu kurz. Ignoriert dieser Ansatz doch den bereits fortgeschrittenen Prozess der Tradierung von pluralistischer Diskussion sowie politischem Wettbewerb und erste Beispiele fruchtbringender zivilgesellschaftlich-staatlicher Interaktion. Im Unterschied zu den anderen Gründungsrepubliken der UdSSR stehen in der Ukraine heute nicht mehr die Transition zur Demokratie, sondern deren sinnvolle Restrukturierung und effektiver Ausbau auf der Tagesordnung. Und in dieser Hinsicht, da stimme ich Bredies und Segert zu, liegt in Kiew noch vieles im Argen.

»Wer regiert?« vs. »Wird regiert?«

Unsere Differenzen hängen womöglich damit zusammen, dass wir verschiedene Dimensionen von Demokratie ansprechen. Bei meinen positiveren Einschätzungen der Ukraine nach der Orangen Revolution geht es vornehmlich um Fragen wie »Wer regiert?«, »Wer bestimmt, wer regiert?« oder »Auf welche Weise werden die Regie-

renden bestimmt?«, d. h. um die Art des Regierungssystems. Bei Bredies und Segert geht es u. a. um die Fragen »Wird regiert?« bzw. »Wie effektiv wird regiert?«, d. h. um das Maß an Regierung. Das ist natürlich eine klassische Unterscheidung in der politikwissenschaftlichen Regimelehre und ein Thema, das 1968 in dem einflussreichen Buch Samuel Huntingtons »Politische Ordnung in sich wandelnden Gesellschaften« problematisiert wurde.

Im unmittelbaren Vorfeld der ersten Runde der ukrainischen Präsidentschaftswahlen 2010 hat Alexander Motyl in einem Zeitungsbeitrag auf das Fazit dieser Untersuchung hingewiesen und sie dem nächsten ukrainischen Präsidenten zur Lektüre empfohlen. Was Motyl allerdings vergaß zu erwähnen, ist, dass die Implikationen aus Huntingtons Buch unklar bleiben. Huntingtons Plädoyer für eine stärkere Fokussierung auf die Frage, ob und inwieweit regiert wird (und weniger darauf, wer regiert und wie der Regent bestimmt wird), kann als eine Apologie autoritärer Herrschaftsformen in Übergangsgesellschaften gelesen werden. In gewisser Hinsicht war diese Denkfigur auch die Legitimationsgrundlage für Putins Entdemokratisierung: Anders als zu Jelzins Zeiten wird heute in Russland mittels »Machtvertikale« durchregiert – oder zumindest der Anschein effektiver Staatsführung erzeugt.

Zwar stimme ich Bredies und Segert zu, dass das demokratische Staatswesen der Ukraine noch weit von einer nachhaltigen und zielführenden Institutionalisierung entfernt ist. Ich würde, im Gegensatz zu Simon, nicht einmal gänzlich ausschließen, dass der ukrainische Staat in seiner jetzigen Form kollabiert. Gleichzeitig kann paradoxerweise bereits heute von einer Teilkonsolidierung der ukrainischen Protodemokratie gesprochen werden. Durchdringen doch nun bereits seit Jahren pluralistische Normen die öffentliche Diskussion, gesellschaftlichen Organisationen und politischen Institutionen (weniger dagegen die individuellen Orientierungen) der Ukrainer. Während die Zukunft der Ukraine als Nationalstaat nicht gänzlich gesichert scheint, kann eine autoritäre Regression, wie sie in Belarus und Russland stattgefunden hat, im derzeitigen staatlichen Rahmen inzwischen ausgeschlossen werden.

Über den Autor:

Dr. Dr. Andreas Umland ist Wissenschaftlicher Assistent an der Katholischen Universität Eichstätt-Ingolstadt (<http://ku-eichstaett.academia.edu/AndreasUmland>), Herausgeber der Buchreihe »Soviet and Post-Soviet Politics and Society« (<http://www.ibidem-verlag.de/spps.html>), Mitherausgeber des »Forums für osteuropäische Ideen- und Zeitgeschichte« (<http://www1.ku-eichstaett.de/ZIMOS/>) sowie Verwalter des Webarchivs »Russian Nationalism« (http://groups.yahoo.com/group/russian_nationalism).

Verwendete Literatur:

- Bredies, Ingmar / Umland, Andreas: Democratic Ukraine, Autocratic Russia: Why?, in: American Chronicle, 21. August 2009, <http://www.americanchronicle.com/articles/view/115334>
- Huntington, Samuel P. Political Order in Changing Societies, New Haven, NJ 1968.
- Motyl, Alexander J.: Institutional Legacies and Systemic Transformations in Eastern Europe: Ukraine, Russia, and the European Union, in: Forum für osteuropäische Ideen- und Zeitgeschichte, 9. Jg. (2005), Nr. 1, S. 147–165.
- Motyl, Alexander J.: The Anti-Orange Election, in: The Moscow Times, 15. Januar 2010, <http://www.themoscowtimes.com/opinion/article/the-anti-orange-election/397424.html>
- Simon, Gerhard: Revolution in Orange: Der ukrainische Weg zur Demokratie, in: Forum für osteuropäische Ideen- und Zeitgeschichte, 9. Jg. (2005), Nr. 1, S. 115–146.
- Umland, Andreas: Orange Revolution als Scheideweg: Demokratisierungsschub in der Ukraine, Restaurationsimpuls in Russland, in: Osteuropa, Bd. 59 (2009), Nr. 11, S. 109–120, http://ku-eichstaett.academia.edu/documents/0060/1895/2009_Orange_Revolution_OSTEUROPA7.pdf
- Umland, Andreas: »Oranževaja revoljucija«, russkoe antizapadničestvo i evoljucija rossijskogo političeskogo režima poslednich let, in: Polit.Ru – Instituty svobody: Analitika, 14. Januar 2010, <http://www.polit.ru/institutes/2010/01/14/umland.html>
- Way, Lucan A: Pluralism by Default: Challenges of Authoritarian State-Building in Belarus, Moldova, and Ukraine, Aberdeen 2003.

Chronik

Vom 9. Dezember 2009 bis zum 26. Januar 2010

10.12.2009	Präsident Viktor Juschtschenko wendet sich an Ministerpräsidentin Julia Timoschenko mit der Bitte, dem Parlament die Entlassung des Innenministers Jurij Luzenko vorzuschlagen, da dieser den Kampf gegen die Korruption nicht effektiv führe. Tags darauf geht Luzenko kurzfristig in Urlaub.
14.12.2009	Präsidentschaftskandidat Viktor Janukowitsch unterschreibt einen von seiner Partei der Regionen ausgearbeiteten Kodex zur ehrlichen Durchführung der Präsidentschaftswahlen, fordert die anderen Kandidaten jedoch vergeblich zur Unterschrift des Dokuments auf.
18.12.2009	Die Ukraine und Moldawien werden in die EU-Energiegemeinschaft aufgenommen, wobei insbesondere die Übernahme des EU-Rechtsbestandes im Gassektor von Bedeutung sein wird.
19.12.2009	Der Vorsitzende der Abgeordnetengruppe »Für die Ukraine« Wjatscheslaw Kirilenko wird einstimmig zum Vorsitzenden der gleichnamigen Partei gewählt und löst damit Andrej Witrenko ab.
20.12.2009	In Galitsch und Saporishshja sind Brandanschläge auf die Büros der Partei der Regionen verübt worden, erklärt die stellvertretende Vorsitzende der Partei Anna German. Sie ruft Ministerpräsidentin Julia Timoschenko dazu auf, den Wahlkampf ehrlich zu führen und nicht mit Molotowcocktails.
21.12.2009	Ministerpräsidentin Julia Timoschenko erklärt aufgrund der unterschiedlichen politischen Ansichten nach den Wahlen nicht mit Viktor Janukowitsch gemeinsam regieren zu können. Außerdem sei die Absprache, dass Präsident Viktor Juschtschenko unter Janukowitsch Ministerpräsident werden wolle, allgemein bekannt.
21.12.2009	Der Präsident des Europäischen Parlaments Jerzy Buzek trifft zu einem Besuch in Kiew ein und betont, dass die EU keinen speziellen Kandidaten unterstützt und sehr an freien und transparenten Wahlen interessiert ist.
22.12.2009	Die Partei der Regionen beantragt die Bildung einer Untersuchungskommission, um mögliche Steuerhinterziehungen durch Ministerpräsidentin Julia Timoschenko aufzudecken.
23.12.2009	Das Parlament kommt zu einer letzten Sitzung im Jahr 2009 zusammen und beschließt, die Einführung der neuen Antikorruptionsgesetze vom 1.1.2010 auf den 1.4.2010 zu verschieben.
24.12.2009	Präsident Viktor Juschtschenko untersagt der Nationalbank die vor zwei Tagen von ihm selbst genehmigte Auszahlung von ca. 52 Mio. Euro an die Regierung zur Bekämpfung der Grippewelle, erklärt der stellvertretende Parlamentspräsident Nikolaj Tomenko.
24.12.2009	Der Ministerpräsidentin und Präsidentschaftskandidatin Julia Timoschenko wird von der Zentralen Wahlkommission eine Verwarnung ausgesprochen, weil sie direkt gegen Mitbewerber agitiert und administrative Ressourcen für ihren Wahlkampf genutzt habe. Wegen Verfahrensfehlern wird die Verwarnung zurückgenommen.
28.12.2009	Nach einer Meinungsumfrage von FOM-Ukraina gehen 68 % der Ukrainer von einer nicht ehrlichen Durchführung der bevorstehenden Präsidentschaftswahlen aus.
1.1.2010	Das im Jahr 2008 verabschiedete Rückübernahmeabkommen zwischen der Ukraine und der EU tritt in Kraft. Es regelt die Abschiebung sich rechtswidrig auf dem Territorium des jeweiligen Vertragspartners aufhaltender Personen.
1.1.2010	Entsprechend einem im März 2008 verabschiedeten Gesetz ist ab 2010 Werbung für Alkohol und Tabak in ukrainischen Printmedien verboten.
4.1.2010	Präsidentschaftskandidat Arsenij Jazenjuk dementiert die Aussage Präsident Viktor Juschtschenkos, es würden derzeit mit ihm und anderen Kandidaten Gespräche über den Rückzug ihrer Kandidatur und die Einigung auf einen gemeinsamen Kandidaten der »demokratischen Kräfte« geführt.
4.1.2010	Die Zentrale Wahlkommission beschließt, dass für die Berechtigung zur Stimmabgabe zu Hause bei der Präsidentschaftswahl kein besonderer medizinischer Nachweis vorliegen muss. Ministerpräsidentin Julia Timoschenko sieht darin den Versuch Viktor Janukowitschs die Wahlen zu fälschen, denn die Wahlkommission werde von seiner Partei der Regionen dominiert. Das Kiewer Berufungsgericht für Verwaltungsfragen weist eine entsprechende Klage Timoschenkos am 8.1. ab. Auch das Oberste Verwaltungsgericht schließt sich dieser Entscheidung an. Die Beschlüsse gelten auch für die Möglichkeit, noch am Tag der Wahl Personen in die Wählerlisten aufzunehmen. Kurz vor Öffnung der Wahllokale am 17.1.2010 erklärt das Kiewer Berufungsgericht für Verwaltungsfragen die Vorlage eines ärztlichen Attests für zwingend erforderlich. Die Zentrale Wahlkommission gibt an, dass nach bisherigen Angaben 3,15% der Wähler zu Hause ihre Stimme abgeben werden. Des Weiteren entscheidet das Gericht, dass die Änderung der Wählerlisten noch am Wahltag rechtswidrig ist.

8.1.2010	Die OSZE veröffentlicht einen kritischen Bericht zu den Wahlvorbereitungen in der Ukraine. Hauptkritikpunkte sind das unvollständige Wahlgesetz, die Parteilichkeit der Fernsehsender und der nicht besetzte Posten des Vorsitzenden des Obersten Verwaltungsgerichts. Im März 2009 liefen die Vollmachten des Vorsitzenden Alexander Pasenjuk aus, weil er die Altersgrenze erreicht hatte.
9.1.2010	Die Zentrale Wahlkommission spricht eine Verwarnung gegen Präsident Viktor Juschtschenko aus, da er Sendezeit im ersten Kanal, die ihm als Präsident zusteht, für Wahlpropaganda genutzt habe. Fünf Tage später erklärt das Kiewer Verwaltungsgericht diese Entscheidung aufgrund von Verfahrensfehlern für ungültig.
9.1.2010	Arsenij Jazenjuk, Parteiführer der Front des Wandels, spricht sich gegen ein reines Präsidialsystem und für ein parlamentarisch-präsidiales System für die Ukraine aus.
10.1.2010	Ministerpräsidentin und Präsidentschaftskandidatin Julia Timoschenko fordert ihren Rivalen Viktor Janukowitsch, den Kandidaten der Partei der Regionen, zu einer Diskussion im Fernsehen auf. Dieser lehnt jedoch ab, weil es dort nur um schöne Worte und falsche Wahlversprechen gehe.
11.1.2010	Die Präsidentschaftskandidaten Anatolij Grizenko, Sergej Tihipko und Arsenij Jazenjuk wollen mit vereinten Kräften am Tag der Wahl auf die rechtmäßige Auszählung der Stimmen achten.
12.1.2010	Ministerpräsidentin Julia Timoschenko erklärt, dass die Regierung dem Parlament keine Neufassung des Haushaltsgesetzes 2010 vorlegen wird, solange es nicht ordnungsgemäß an die Regierung zur weiteren Bearbeitung zurückgegeben worden sei, wobei dies aus Sicht des Parlaments bereits am 19.11.2009 geschehen ist. Timoschenko geht von einer Verabschiedung des Gesetzes nach den Präsidentschaftswahlen aus.
12.1.2010	Vertreter von acht Parteien unterzeichnen ein Dokument, in dem sie Ministerpräsidentin Julia Timoschenko ihre Unterstützung bei der Präsidentschaftswahl zusichern, wobei fünf von ihnen bei den letzten Parlamentswahlen noch Viktor Juschtschenko unterstützt hatten.
13.1.2010	Das Kiewer Berufungsgericht erklärt die bolschewistischen Führer der Sowjetunion und der Ukrainischen Sowjetrepublik für schuldig an der Durchführung des Holodomor-Genozids in der Ukraine in den Jahren 1932–1933. Das Verfahren wurde im Mai 2009 auf Initiative des Geheimdienstes eröffnet und nun geschlossen, da alle Angeklagten bereits verstorben sind.
15.1.2010	Ministerpräsidentin Julia Timoschenko legt beim Petchersker Kreisgericht in Kiew Beschwerde gegen die Aussage Präsident Viktor Juschtschenkos ein, sie besitze Anteile an Offshorefirmen, die jedoch nicht auf ihren Namen gemeldet seien. Am 6.1.2010 hatte der Abgeordnete vom Block Timoschenko, Andrej Portnow, erklärt, dass das Kiewer Berufungsgericht derartige Aussagen Juschtschenkos bereits als rechtswidrig verurteilt habe.
15.1.2010	Die Schriftsteller Jurij Andruchowitsch, Les Poderjanskij und Andrej Bondar führen an der Mohyla-Universität in Kiew eine Protestaktion gegen die Aktivitäten der Nationalen Expertenkommission zum Schutz der gesellschaftlichen Moral durch. Ca. 1000 Besucher sind anwesend.
17.1.2010	In der Ukraine finden Präsidentschaftswahlen statt, aus denen Viktor Janukowitsch von der Partei der Regionen und Julia Timoschenko vom gleichnamigen Block als Kandidaten für die Stichwahl am 7.2.2010 hervorgehen.
18.1.2010	Gegen 7 Uhr morgens versammeln sich ca. 500 Anhänger der Partei der Regionen vor dem Gebäude der Zentralen Wahlkommission in Kiew. Auf einer Bühne hängt die Losung: Schützen wir die Zentrale Wahlkommission vor dem Druck der Macht.
19.1.2010	Das Parlament lehnt den Vorschlag der Partei der Regionen ab, die Tonbandaufnahme eines Gesprächs über georgische Wahlbeobachter anzuhören. Angeblich seien darauf Ministerpräsidentin Julia Timoschenko und der georgische Präsident Michail Saakaschwili zu hören. Präsidentschaftskandidat Michail Brodskij hatte berichtet, dass georgische Schlägertrupps, die sich als Wahlbeobachter ausgaben, in die Ukraine eingereist seien, mit dem Ziel, die Wahlen zu stören. Die Zentrale Wahlkommission hatte die Registrierung der Mehrzahl von ihnen aufgrund fehlender Dokumente verweigert.
19.1.2010	Das Parlament entlässt das Mitglied der Zentralen Wahlkommission Anatolij Pisarenko. Im Frühjahr 2009 war er 65 Jahre alt geworden und hätte damit aus der Kommission ausscheiden müssen. Bereits im September 2009 hatte ihm das Kiewer Kreisverwaltungsgericht die Teilnahme an den Sitzungen der Kommission untersagt. Zwei Tage nach der Entlassung schlägt Präsident Viktor Juschtschenko dem Parlament überraschend Walerij Karpunzow, Abgeordneter des Blocks Klitschko im Kiewer Stadtrat, als Nachfolger vor – dieser wird jedoch abgelehnt.

19.1.2010	Der Präsident Russlands Dmitrij Medwedjew gibt bekannt, dass der im August 2009 ernannte Botschafter Russlands für die Ukraine Michail Sarubow demnächst in Kiew eintreffen wird. Die Aufhebung der demonstrativen Nicht-Entsendung des Botschafters sei durch die Niederlage Viktor Juschtschenkos bei den Präsidentschaftswahlen möglich geworden. Im August 2009 war es zwischen den Präsidenten über die Botschafterfrage zum Eklat gekommen. Sechs Tage später trifft Surabow in Kiew ein.
20.1.2010	Der Abgeordnete des Blocks Timoschenko Sergej Soboljow erklärt, dass die Präsidentschaftskandidatin seiner Partei Julia Timoschenko den Präsidentschaftsanwärtern Arsenij Jazenjuk und Sergej Tihipko Gespräche angeboten habe, deren Ziel die breite Unterstützung für Timoschenko sei. Kurz nach der Wahl hatten die beiden Kandidaten angekündigt, ihren Wählern keine Empfehlungen für die Stichwahl zu geben und wiederholen nun diese Aussage. Auf einer Pressekonferenz bietet Timoschenko Tihipko das Amt des Ministerpräsidenten an, da die Programme ihrer beiden Parteien zu 90% übereinstimmen würden. Dieses Angebot habe auch Gültigkeit, wenn Tihipko sie bei der Stichwahl nicht unterstütze.
21.1.2010	Die Generalstaatsanwaltschaft eröffnet ein Verfahren wegen der Herstellung eines Duplikats des Dienstsiegels des Obersten Verwaltungsgerichts durch die zuständigen Stellen. Der Vorsitzende dieses Gerichts Alexander Pasenjuk war, nachdem er aus Altersgründen am 22.12.2009 aus dem Amt geschieden war, am 24.12.2009 von der Richterkonferenz der Verwaltungsgerichte wieder eingesetzt worden. Der Richterrat der Ukraine entschied jedoch am 25.12.2009, der Entschluss des stellvertretenden Vorsitzenden Nikolaj Sirotsch, sich am 23.12.2009 selbst in dieses Amt zu heben, sei rechtmäßig. Am 12.1.2010 erklärte Sirotsch, das Siegel sei verloren gegangen und erhielt daraufhin ein Duplikat. Die Rechtslage ist unklar. Das Oberste Verwaltungsgericht ist zuständig für Fragen, die die Durchführung und die Ergebnisse der Wahlen betreffen.
22.1.2010	Die Abgeordneten des Blocks Timoschenko verlassen die Parlamentssitzung, weil weder die Änderung des Gesetzes zu den Präsidentschaftswahlen noch die Prüfung des rechtmäßigen Erwerbs der Residenz Meshigorje durch Viktor Janukowitsch, den Vorsitzenden der Partei der Regionen, diskutiert werde.
22.1.2010	Präsident Viktor Juschtschenko verleiht dem umstrittenen Unabhängigkeitskämpfer und Nationalistenführer Stepan Bandera (1909–1959) den Titel »Held der Ukraine«. Die Partei der Regionen kritisiert diesen Akt, weil er die Ukraine noch tiefer spalte.
25.1.2010	In der Druckerei Ukraina, in der gewöhnlich die Stimmzettel für die Wahlen gedruckt werden, kommt es zu Handgreiflichkeiten. Grund dafür ist der Versuch des Finanzministeriums, die Leitung des Unternehmens auszuwechseln, was bereits vom Kiewer Kreisverwaltungsgericht verboten worden war. Drei Tage zuvor hatte die Partei der Regionen erklärt, die Regierung wolle unrechtmäßig einen neuen Direktor einsetzen und 1,5 Millionen zusätzliche Stimmzettel drucken lassen.
26.1.2010	Abgeordnete der Partei der Regionen beantragen eine außerordentliche Parlamentssitzung, die Parlamentspräsident Wladimir Litwin auf den 28.1. festlegt. Auf der Tagesordnung stehen die Absetzung des Innenministers Jurij Luzenko und die Änderung des Gesetzes zu den Präsidentschaftswahlen.

Die Ukraine-Analysen werden vom Ost-Ausschuss der Deutschen Wirtschaft unterstützt.

Ost-Ausschuss der Deutschen Wirtschaft



Herausgeber: Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen und Deutsche Gesellschaft für Osteuropakunde

Die Meinungen, die in den Ukraine-Analysen geäußert werden, geben ausschließlich die Auffassung der Autoren wieder.

Abdruck und sonstige publizistische Nutzung sind nach Rücksprache mit der Redaktion gestattet.

Redaktion und technische Gestaltung: Judith Janiszewski, Matthias Neumann, Heiko Pleines

Ukraine-Analysen-Layout: Cengiz Kibaroglu, Matthias Neumann

Die Ukraine-Analysen werden im Rahmen der Datenbank World Affairs Online (WAO) ausgewertet und sind im Portal IREON www.ireon-portal.de recherchierbar.

ISSN 1862-555X © 2010 by Forschungsstelle Osteuropa, Bremen

Forschungsstelle Osteuropa • Publikationsreferat • Klagenfurter Str. 3 • 28359 Bremen • Telefon: +49 421-218-69600 • Telefax: +49 421-218-69607

e-mail: publikationsreferat@osteuropa.uni-bremen.de • Internet-Adresse: <http://www.laender-analysen.de/ukraine/>

Lesehinweis

Abstracts von Artikeln aus OSTEUROPA 11/2009

Osteuropa 11/2009 ist erschienen. Peter Graf Kielmannsegg beleuchtet zum Ende des ereignisreichen Erinnerungsjahres 2009 noch einmal die Bedeutung von 1989 für die europäische Ideengeschichte; Karl Schlögel sucht in seinem Epochengemälde, wo eigentlich Russland 20 Jahre nach der Wende steht, einen Impfstoff gegen die Resignation, die alle aufrichtigen Russlandfreunde zu überkommen droht. Außerdem geht es um Energiepolitik in der europäischen Nachbarschaft, die Ostseestrategie der EU und Russland sowie Russlands Einfluss auf die Atombombennostalgie in der Ukraine sowie die zwei Entwicklungswege in der Ukraine und Russland seit der Orangen Revolution. Das Heft hat 192 Seiten, enthält zahlreiche Abbildungen sowie zwei Karten zur Verschmutzung der Ostsee und kostet 10,00 Euro. Bestellung bitte an osteuropa@dgo-online.org. Zur Information die Abstracts der Beiträge zur Ukraine:

Mykola Rjabčuk

Sehnsucht nach der Bombe

Die Ukraine, die Mythen und die Atomwaffen Teile der ukrainischen Elite und der Öffentlichkeit hadern mit der atomaren Abrüstung, die die Ukraine nach dem Zerfall der Sowjetunion vollzog. Einigen gilt sie als Fehler. Die Nostalgie nach der Bombe speist sich aus verbreiteten Minderwertigkeitskomplexen. Der mitunter hysterische, antiukrainische Ton in Moskau, die Sorge um eine Eskalation eines Konflikts um die Krim sowie das Gefühl, vom Westen ignoriert zu werden, tun ein Übriges. Doch die Atomnostalgie ist schädlich. Sie mythologisiert die Wirklichkeit, lenkt die Gesellschaft von den realen Sicherheits- und Wirtschaftsproblemen sowie substantiellen Reformen ab, die ein Ziel haben müssen: die Integration in die westlichen Strukturen.

Andreas Umland

Orange Revolution als Scheideweg

Demokratisierungsschub in der Ukraine, Restaurationsimpuls in Russland Die Orange Revolution, die sich am 21. November 2009 zum fünften Mal jährt, war ein bedeutender Schritt zur Demokratisierung der Ukraine. Dies betrifft insbesondere die Emanzipation der Massenmedien, Stärkung der Zivilgesellschaft und Institutionalisierung fairer Wahlen. Russlands Führung hingegen reagierte mit weiteren Regressionen in ihrer Innen- und Außenpolitik. Einige neue Elemente des russländischen Autoritarismus können als »paratotalitär« bezeichnet werden. Die westliche Unterstützung der Farbrevolutionen kann allerdings nicht für die Verstärkung autokratischer Tendenzen im post-sowjetischen Raum verantwortlich gemacht werden.

Abstracts von Artikeln aus OSTEUROPA 12/2009

Ein neues Heft von OSTEUROPA ist erschienen. Unter dem Titel »Gemeinsam einsam. Die Slawische Idee nach dem Panlawismus« nehmen 22 Autoren und Autorinnen auf 324 Seiten Aufstieg und Fall der Idee einer Einheit der Slawen - der Ostslawen, der Südslawen, der Austroslawen - unter die Lupe. Es geht um die kulturellen Wurzeln und um politische Konzepte, um die Verarbeitung in Malerei und Literatur und um die Instrumentalisierung unter Stalin, um Panlawismus, Austrolawismus und Jugoslawismus. Der Blickwinkel reicht von Polen bis Bulgarien und von Tschechien bis Russland. Das Inhaltsverzeichnis steht unter: <http://www.osteuropa.dgo-online.org/issues/issue.2009.1262269440000>. Das Heft ist bei der Redaktion OSTEUROPA zu beziehen osteuropa@dgo-online.org <<mailto:osteuropa@dgo-online.org>> Im Zusammenhang mit der Ukraine sind folgende Beiträge interessant:

Stefan Troebst

Slawizität

Identitätsmuster, Analyserahmen, Mythos

Die Vorstellung eines sämtliche Slawen oder Slawischsprachige in Raum und Zeit verbindenden Elements hat viele Gesichter: »Slawizität« fungiert periodisch als politisch wirksames Mobilisierungsinstrument, sie leitet das Erkenntnisinteresse kulturwissenschaftlicher Forschung, und sie ist bis heute ein höchst produktiver Mythos in Kunst und

Literatur. Im Zeichen der »Slawisierung« der Europäischen Union ist mit dem Aufkommen neuer Dimensionen von Slavizität zu rechnen.

Jan C. Behrends

Die »sowjetische Rus'« und ihre Brüder

Die slawische Idee in Russlands langem 20. Jahrhundert

Im 20. Jahrhundert trat die slawische Idee in Russland in drei Varianten auf: als Neoslawismus des späten Zarenreichs, als panslawische Rhetorik im Hochstalinismus und als Splitter in der postsowjetischen Suche nach russischer Identität. Jeweils beriefen sich die Propagandisten auf den Panslawismus des Zarenreiches. Das zeigt die Wirkungsmacht nationaler Mythen aus dem 19. Jahrhundert.

Georg von Rauch

Eine taktische Waffe

Der sowjetische Panslawismus

Der sowjetischen Außenpolitik war die Frage nach einer slawischen Gemeinsamkeit fremd. Panslawistische Tendenzen galten als reaktionäre Begleiterscheinungen des zaristischen Imperialismus. Im Zweiten Weltkrieg wurde der panslawistische Mythos reaktiviert. Hinter dem sowjetischen Panslawismus der Nachkriegszeit steht das Ziel, die nationale Eigenart der Völker zu demontieren, damit die Nationen im Schmelztiegel der Sowjetunion aufgehen. Der Panslawismus ist somit zu einem taktischem Instrument geworden.

Sylwester Fertacz

Von Brüdern und Schwestern

Das Allslawische Komitee in Moskau 1941–1947

Nach dem deutschen Überfall auf die Sowjetunion hob Moskau ein Allslawisches Komitee auf der Taufe. Ziel war es, den Widerstand der Slawen in den besetzten Ländern zu mobilisieren und für Unterstützung im Ausland zu werben. Nach dem Krieg wirkte das Komitee zunehmend als sowjetische Propagandaagentur. »Komitees der slawischen Einheit« in Ostmitteleuropa gerieten zunehmend unter ideologischen Druck. Aus einer Institution slawischer Kooperation wurde mehr und mehr ein Instrument stalinistischer Subordination. Das Zerwürfnis zwischen der UdSSR und Jugoslawien beendete die Ära slawischer Zusammenarbeit.

Christian Lübke

Aufstieg, Fall, Wiederbelebung

Entwicklungslinien der Slawenforschung

Die deutsche Geschichtswissenschaft ging fast zwei Jahrhunderte von einer irgendwie gearteten Einheit der Slawen aus. Bei den slawischen Völkern Ostmitteleuropas hingegen wurde die Idee der slawischen Einheit schon im 19. Jahrhundert von nationalen Geschichtsbildern abgelöst. Dabei spielte auch eine Rolle, dass der Panslawismus sich in eine großrussisch-imperiale Idee verwandelte. Nach der Ausdehnung des sowjetischen Machtbereichs erlebte die Slawenkunde im Osten wie im Westen Europas eine Blütezeit. Seit den 1970er Jahren und endgültig seit 1989 wurde sie von einer struktur- und kulturgeschichtlichen Erforschung Ostmitteleuropas abgelöst. In Russland und Belarus hingegen feiert der Panslawismus als Einheit der Ostslawen auf den Ruinen der zerfallenen Sowjetunion fröhliche Urständ.

Wilfried Jilge

Fragmente der Einheit

Ostslawisches Gemeinschaftsdenken in der Ukraine In der Ukraine beschwören einzelne Politiker und Parteien immer wieder ein ostslawisches Gemeinschaftsbewusstsein. Doch in der ukrainischen Realpolitik spielt die Idee einer Vereinigung mit Russland und Belarus keine Rolle. Der Appell an die ostslawische Einheit dient vor allem dazu, im Osten und Süden der Ukraine Wähler für antiwestliche Zwecke zu mobilisieren. Die integrative Kraft des ostslawischen Denkens bleibt begrenzt.

Das forumNET.Ukraine reaktiviert seinen Nachrichtendienst

Aufgrund zahlreicher Anfragen bei ukrainerelevanten Veranstaltungen und der Resonanz auf Portal und Aktivitäten des forumNET.Ukraine soll der vormals bestehende Nachrichtenverteiler des forumNET.Ukraine reaktiviert werden. Meinungsäußerungen und Hinweise auf vorhandenen Bedarf seitens der Kolleginnen und Kollegen in Wissenschaft und interessierter Öffentlichkeit haben uns ermutigt, wieder Nachrichten über unseren Verteiler zu versenden. Ziel des Verteilers ist es, mit Blick auf vorhandene Quellen und Informationsdienstleistungen wie die »Ukraine-Analysen« gezielt und ergänzend Nachrichten anzubieten, die für Interessierte in Deutschland und in der Ukraine von Belang sein können. Abgedeckt werden traditionsgemäß die Bereiche Politik, Wirtschaft, Wissenschaft, Bildung und Kultur, wobei die übermittelten Hinweise eng mit dem Portal www.forumnetukraine.org verbunden sind.

Mit dem Angebot knüpft das forumNET.Ukraine an seine früheren Aktivitäten als wichtige Stelle für Informationsaustausch, Koordination und Beratung in den deutsch-ukrainischen Beziehungen an. Hervorgegangen aus den Angeboten und Erfahrungen des Arbeitsforum Ukraine e.V. seit 1998 kam im September 2003 auf besondere Befürwortung des Deutsch-Ukrainischen Forums eine Förderung des Netzbüros unter dem Dach der Deutschen Gesellschaft für Osteuropakunde in Berlin zustande, ab 2006 konnten bis Jahresende 2008 eigene Räumlichkeiten im MOE-Kompetenzzentrum in der Schillerstraße in Berlin genutzt werden. Zu den Förderern des Büros gehörten: Robert Bosch Stiftung (2003–2005) und Ukrainisch-Deutsches Forum (2003–2004).

Neben der OSTCHEM Germany GmbH hat vor allem die BEITEN BURKHARDT Rechtsanwaltsgesellschaft mbH die Arbeit des Büros unterstützt und setzt dies bis heute fort. Ihr sei dafür besonders gedankt, ebenso Kolleginnen und Kollegen der Deutschen Assoziation der Ukrainisten (www.ukrainistik.de), die uns zu unserem Entschluss besonders ermutigt haben, gezielt und unter Berücksichtigung der seit nahezu zehn Jahren gesammelten Erfahrungen, Kontakten und Erkenntnisse wieder Informationen und Nachrichten aus dem deutsch-ukrainischen Kontext zu versenden.

Kommentare sowie Hinweise auf Veranstaltungen, Publikationen etc., die sowohl auf dem Portal als auch via Verteiler angekündigt werden, sind jederzeit willkommen. Die Nachrichten werden – dies hat sich erfahrungsgemäß als sinnvoll erwiesen – nach Bedarf versendet. An- und Abmelden beim Verteiler geschieht mit einer kurzen E-Mail an [kontakt\(at\)forumnetukraine.org](mailto:kontakt(at)forumnetukraine.org).

Peter Hilkes und Jakob Mischke, forumNET.Ukraine

Kontakt:
forumNET.Ukraine
Postfach 12 11 03
10605 Berlin
www.forumnetukraine.org
peter.hilkes@forumnetukraine.org, Tel. 0160-3065061
jakob.mischke@forumnetukraine.org, Tel. 030-31803474

Lesehinweis

Kostenlose E-Mail-Dienste der Forschungsstelle Osteuropa unter www.laender-analysen.de

Caucasus Analytical Digest

Der Caucasus Analytical Digest bietet einmal monatlich englischsprachige Kurzanalysen sowie illustrierende Daten zu einem aktuellen Thema.

Abonnement unter: <http://www.res.ethz.ch/analysis/cad/>

Russland-Analysen

Die »Russlandanalysen« bieten wöchentlich eine Kurzanalyse zu einem aktuellen Thema, ergänzt um Grafiken und Tabellen. Zusätzlich gibt es eine Wochenchronik aktueller politischer Ereignisse.

Abonnement unter: fsopr@uni-bremen.de

Russian Analytical Digest

Der Russian Analytical Digest bietet zweimal monatlich englischsprachige Kurzanalysen sowie illustrierende Daten zu einem aktuellen Thema.

Abonnement unter: <http://www.res.ethz.ch/analysis/rad/>

Ukraine-Analysen

Die Ukraine-Analysen bieten zweimal monatlich eine Kurzanalyse zu einem aktuellen Thema aus Politik, Wirtschaft oder Kultur, ergänzt um Grafiken und Tabellen. Zusätzlich gibt es eine Chronik aktueller Ereignisse.

Abonnement unter: fsopr@uni-bremen.de

Polen-Analysen

Die Polen-Analysen bieten zweimal monatlich eine Kurzanalyse zu einem aktuellen Thema aus Politik, Wirtschaft oder Kultur, ergänzt um Grafiken und Tabellen. Zusätzlich gibt es eine Chronik aktueller Ereignisse.

Abonnement unter: <http://www.deutsches-polen-institut.de/Newsletter/subscribe.php>

Zentralasien-Analysen

Die Zentralasien-Analysen bieten monatlich eine Kurzanalyse zu einem aktuellen Thema aus Politik, Wirtschaft oder Kultur, ergänzt um Grafiken und Tabellen. Zusätzlich gibt es eine Chronik aktueller Ereignisse.

Abonnement unter: zentralasien-analysen@dgo-online.org

Bibliographische Dienste

Die vierteljährlich erscheinenden Bibliographien informieren über englisch- und deutschsprachige Neuerscheinungen zu Polen, Russland, Tschechischer und Slowakischer Republik sowie zur Ukraine. Erfasst werden jeweils die Themenbereiche Politik, Außenpolitik, Wirtschaft und Soziales.

Abonnement unter: fsopr@uni-bremen.de